



Nr. 439 | 20.07.2023

Russland-Analysen

- Technologische Souveränität
- Atomschlagdebatte

■ VON DER REDAKTION	
Sommerpause, на дачу – und eine Ankündigung	2
■ ANALYSE	
Die Sanktionen machen sich bemerkbar: Trübe Aussichten für die russische Chipindustrie Julien Nocetti (Französisches Institut für internationale Beziehungen – IFRI, Paris)	3
■ ANALYSE	
Kann Russlands SORM den Sanktionssturm überstehen? Gavin Wilde (Carnegie Endowment for International Peace, Washington D.C.)	6
■ KOMMENTAR	
Russisches Nuklearroulette? Die Atomschlagdebatte in der russischen Think-Tank-Fachöffentlichkeit Lydia Wachs (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)	11
■ DOKUMENTATION	
Die russische Debatte über Sergej Karaganows Artikel vom 13. Juni 2023 »Eine schwerwiegende, aber notwendige Entscheidung. Der Einsatz von Atomwaffen kann die Menschheit vor einer globalen Katastrophe bewahren« Eine Auswahl von Texten der russischen Fachgemeinschaft und weiteren einschlägigen Stellungnahmen	13
■ UMFRAGEN	
Die Einstellung der russischen Bevölkerung zu einem möglichen Einsatz von Atomwaffen	26
■ CHRONIK	
13. Juni – 16. Juli 2023	30

Sommerpause, на дачу – und eine Ankündigung

Die Russland-Analysen machen wie üblich im August Sommerpause. Die nächste Ausgabe der Russland-Analysen (RA 440) erscheint im September 2023. In der zweiten Jahreshälfte widmen wir uns Themen wie LGBTQ, Medienberichterstattung zum Krieg, unabhängige Medien und Gouverneurswahlen.

Falls Sie auch während unserer Sommerpause aktuelle Analysen und Kommentare der Redaktion der Länder-Analysen sowie der herausgebenden Institutionen lesen wollen, finden Sie regelmäßig aktuelle Links beim Twitter-Konto der Länder-Analysen: <https://twitter.com/laenderanalysen>.



Das Team der Länder-Analysen bleibt im Sommer nicht untätig und freut sich, im September die neue englischsprachige Analysen-Reihe Ukrainian Analytical Digest (UAD) einführen zu können. Ähnlich wie bei den bereits etablierten Publikationsreihen des Russian Analytical Digest und des Caucasus Analytical Digest schreiben Länderexpert:innen zu eigenständigen Themenschwerpunkten im UAD. So erscheinen die ersten Ausgaben zur Sprachenfrage, zu sozialwissenschaftlicher Forschung zur Ukraine, Außen- und Innenpolitik, öffentlicher Meinung in der Ukraine als auch zur russischen Besetzung des ukrainischen Territoriums.

Abonnements der Ausgaben können hier bestellt werden: <https://css.ethz.ch/en/publications/uad/newsletter-service-uad.html>. Die Ausgaben erscheinen online bei <https://css.ethz.ch/en/publications/uad.html> und <http://www.laenderanalysen.de/uad/>. Der Zugang ist kostenfrei.

Das Team der Länder-Analysen wünscht allen Leser:innen einen angenehmen Sommer!

Die Redaktion der Russland-Analysen

Fabian Burkhardt, Matthias Neumann, Hartmut Schröder, Alena Schwarz und Anastasia Stoll

Die Sanktionen machen sich bemerkbar: Trübe Aussichten für die russische Chipindustrie

Julien Nocetti (Französisches Institut für internationale Beziehungen – IFRI, Paris)

DOI: 10.31205/RA.439.01

Zusammenfassung

Integrierte Schaltkreise oder Halbleiter sind Dual-Use-Technologien, die in weiten Bereichen Anwendung finden können, angefangen bei Smartphones bis hin zu Raketensystemen. Sukzessive Krisen – die Konkurrenz zwischen China und den USA, die Coronapandemie, der Krieg gegen die Ukraine – haben ihre strategische Bedeutung deutlich gemacht. Russlands Lage ist fragil, weil sich die Verfügbarkeit dieser Hardware merklich verschlechtert hat, denn internationalen Sanktionen zielen insbesondere auf die russische Halbleiterindustrie ab. Eine technologische Souveränität über eine Lokalisierung der Halbleiterindustrie erscheint höchst unwahrscheinlich. Dies hängt auch damit zusammen, dass der Verteidigungssektor als großer Abnehmer der Chips besonders heftig unter den Sanktionen leidet.

Hardware-Schwächen: Die russische Halbleiterindustrie und der Markt

Die Halbleiterproduktion in Russland ist den industriellen Standards des Westens um Jahre hinterher. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlebte die Industrie für elektronische Komponenten, die vor allem für die Verteidigungs-, Weltraum- und Atomindustrie produzierte, eine erhebliche Talfahrt.

Der Anteil elektronischer Geräte, die in Russland produziert und verkauft werden, ist auf rund 12 Prozent zurückgegangen. In den Ländern der OECD liegt die einheimische Produktion im Schnitt bei 70–80 Prozent des Inlandsbedarfs. In den 2000er Jahren nahm der Rückgang in Russland weiter an Fahrt auf, die technologische Kluft zu den USA und China vergrößerte sich. 2016 wurden Berichten zufolge 80 Prozent der IT-Produkte in Russland importiert. Das verstärkte die Vorstellung, dass Russland in diesen Bereichen eine Revolution verpasst hat. Auf Russland entfielen 2009 nur 0,44 Prozent der weltweiten Chipproduktion, und dieser Anteil wuchs danach nur langsam, wobei er in den 2010er Jahren niemals die Schwelle von drei Prozent überschritt und zudem ab 2014 nach der Verhängung der westlichen Sanktionen wieder zurückging. 2013 beschrieb der Vizepräsident des Russischen Ingenieursverbandes den Zustand der russischen Elektronikindustrie mit dem Prädikat »fortgeschrittene Veralterung«. In der Folge nahm sich die russische Führung des Problems an: 2016 rief Präsident Putin das Ziel aus, die Produktion komplexer ziviler und Dual-Use-Elektronikkomponenten in Russland zu steigern. Russische Komponenten konnten 2018 gleichwohl nur 27 Prozent des innerrussischen Bedarfs decken.

Vor allem ab 2020 bemühte sich Russland, technologisch aufzuholen und den Hochtechnologiesektor »souverän« zu machen. Fortschrittliche Halbleiter

spielen dabei angesichts der Intensivierung des technologischen Wettbewerbs zwischen China und den USA eine entscheidende Rolle. Eigene Komponenten herzustellen ist eine der Voraussetzungen für digitale Souveränität (<https://iz.ru/667647/andrei-bezrukov/mirovye-pole-boia>).

Im Januar 2020 wurde unter dem neuen Ministerpräsidenten Michail Mischustin die »Strategie für die Entwicklung der russischen Elektronikindustrie bis 2030« verabschiedet. Die Strategie umfasst drei Phasen: eine erste Phase der Substitution von Importen, gefolgt von einer zweiten Phase zur Förderung russischer Technologien auf den internationalen Märkten und schließlich eine dritte Phase mit dem Versuch, eine technologische Dominanz zu erreichen. Die Strategie ist höchst ambitioniert und ein Beispiel für den weltweiten Trend hin zu einem Protektionismus bei Technologie, der vor dem Hintergrund geoökonomischer Realitäten wie etwa der Destabilisierung von Lieferketten. Gleiches gilt für technologische Anforderungen wie etwa die Entwicklung immer kleinerer, immer komplexerer und leistungsfähigerer Chips.

Wie in China besteht in Russland das Problem weniger in der Frage, ob die entsprechenden Fähigkeiten vorhanden sind, sondern vielmehr in der Fähigkeit, das notwendige Umfeld und die erforderlichen Lieferketten für die Halbleiterproduktion zu schaffen. Gleichwohl deuten einige Schritte aus dem Jahr 2019 auf einen proaktiven Ansatz hin, etwa mit dem Erwerb eines kontrollierenden Anteils an dem russischen Privatunternehmen »Yadro« an dem ebenfalls russischen Unternehmen »Syntacore«. »Syntacore« hat ein internationales Konsortium begründet, das eine Open-Source-Prozessorarchitektur (RISC-V) entwickelt, die Weltmarktführern wie »Intel« Konkurrenz machen will.

Die beiden wichtigsten einheimischen Produzenten (»Baikal Electronics« und MCST) weisen zudem

einige Schwächen auf: Ersteres kann nicht auf russischen Lösungen zurückgreifen, da es Prozessoren verarbeitet, die auf der Architektur des in Großbritannien entstandenen Unternehmens ARM basieren. MCST wiederum entwickelt keine Produkte, die für den Massenmarkt geeignet wären. Beide Akteure sind bis zur Verhängung der Sanktionen gegen Russland von den Produktionskapazitäten der »Taiwan Semiconductor Manufacturing Company« (TSMC) abhängig gewesen.

Chips und Sanktionen: Auswirkungen auf die Importe nach Russland

Nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben die westlichen Länder mit raschen und koordinierten Schritten eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um Russland von den wichtigsten globalen technologischen Lieferketten abzuschneiden. Diese erfolgten in unterschiedlicher Form: Zunächst zielten die Kontrollmaßnahmen auf westliche Exporte bestimmter Technologien, insbesondere auf Dual-Use-Güter – also auf Produkte, die sowohl für den zivilen als auch den militärischen Sektor gebraucht werden.

In dem Wissen, dass Russland diese Technologien für seine Kriegsanstrengungen benötigt, haben die Vereinigten Staaten sowie ihre europäischen und asiatischen Verbündeten bei den Exportkontrollen früh die Halbleiterexporte in den Blick genommen. Die russischen Importe integrierter Schaltkreise sind nach Verabschiedung der Exportkontrollen und dem Rückzug multinationaler Unternehmen vom russischen Markt erheblich zurückgegangen. Die Importe bleiben auch deutlich geringer als vor dem Einmarsch in die Ukraine. Russland hat allerdings beträchtliche Anstrengungen unternommen, ein Netz von Zulieferern in Ländern aufzubauen, die sich nicht den Sanktionen angeschlossen haben. Mit Blick auf ihre potenzielle Nutzung für militärische Zwecke sollen die Halbleiter nun von dort kommen.

Russland ist also weiterhin in der Lage, Lieferanten für eine Reihe integrierter Schaltkreise zu finden, hauptsächlich aus China und Hong Kong, wenn auch in erheblich geringerem Umfang als vor dem Krieg. Wie im Falle anderer Güter wird ein kleiner Umfang über andere Länder verfrachtet. Die Exporte integrierter Schaltkreise aus China und Hong Kong belaufen sich auf 55 Prozent des Medianwerts der Exporte nach Russland in Bezug auf alle Länder im Vergleich zu Vorkriegszeiten (Die Exporte aus China und Hong Kong beliefen sich auf 45 Prozent der russischen Importe im Jahr 2019 und 33 Prozent der Importe von 2021). Es gab allerdings Berichte, dass die Mängelraten bei Halbleitern aus China hoch waren.

Einigen Berichten zufolge umfassten die Exporte nach Russland im Jahr 2022 Waren von großen mul-

tinationalen Produzenten, die von dritter Seite geliefert werden (<https://brief.kharon.com/updates/russian-import-network-acquired-electronics-through-companies-that-supply-chinese-military-and-western-manufacturers>). Darunter fallen auch Exporte an russische Unternehmen, die das inländische Militär beliefern. Der wichtigste Typ integrierter Schaltkreise, die seit dem Einmarsch in die Ukraine von Hong Kong und China nach Russland exportiert werden, sind Prozessoren und Mikrocontroller.

Auswirkungen der Sanktionen auf Chips: Soll zuerst Druck auf die russische Verteidigungsindustrie ausgeübt werden?

Die Schwächen der einheimischen Industrie bei der Herstellung von russischen Waffen, Kommunikationsmitteln und elektronischer Systeme zur Kriegsführung sind in hohem Maße von im Westen produzierten Mikrochips abhängig, die derzeit unter die Regeln durch die Exportbeschränkungen der westlichen Allianz fallen (<https://www.electronicweekly.com/blogs/mannerisms/dilemmas/russias-backward-chip-industry-2022-04/>). Dem im Vereinigten Königreich angesiedelten »Royal United Services Institute« (RUSI) zufolge enthält zum Beispiel die russische Drohne »Orlan-10« (dt.: »Adler 10«) Chips, die von den Unternehmen »Texas Instruments« und »Honeywell« hergestellt werden. Des Weiteren hat eine Untersuchung der Rechercheplattform »Conflict Armament Research« gezeigt, dass die satellitengesteuerten Steuerungselemente mehrerer russischer Raketentypen (z. B. der Typen 3M14 [Code der NATO bzw. des US-Verteidigungsministeriums: SS-NX-30], 9M544, Ch-59 [NATO-Code: AS-13 Kingbolt] und Ch-101 [NATO-Code: AS-23 Kodiak]) mehrere im Ausland hergestellte Mikrokomponenten enthalten, die zwischen 2012 und 2020 hergestellt wurden (<https://storymaps.arcgis.com/stories/239f756e2e6b49a5bec78f5c5248bf3d>). Die russischen Raketensysteme der Typen »Iskander« und »Kalibr« sind mit modernsten Halbleitern ausgestattet, welche auch westliche Technologien miteinschließen.

Russlands neu entwickelte Systeme für die Funkkommunikation (u. a. das tragbare Funksystem »Asart«, das auf taktischer Ebene Kommunikation einerseits lahmlegen und andererseits sicherer machen soll) scheinen ebenfalls auf einer Vielzahl im Westen produzierter Komponenten zu beruhen. Den Daten des ukrainischen Think Tanks »Center for Army, Conversion, and Disarmament Studies« (CACDS) zufolge enthält »Asart« sechs Komponenten ausländischer Herkunft, unter anderem den Chip »Spartan 6«, der Kommunikation verschlüsselt und von dem US-amerikanischen Unternehmen »Xilinx« in Taiwan hergestellt wird. »Spartan 6« ist als Dual-Use-Produkt kommerziell verfügbar und kann über das chi-

nesische Portal »AliExpress« erworben werden. Ebenso beruht das russische Aufklärungs-, Kommando- und Kommunikationssystem »Strelez-M« auf sieben Komponenten ausländischer Herkunft, unter anderem auf einem Chip, der vom in den USA ansässigen Unternehmen »Microchip Technology« hergestellt wird.

Die Abhängigkeit des russischen Militärisch-Industriellen Komplexes (MIK) von im Ausland produzierten Mikrochips lässt sich durch mindestens zwei Faktoren erklären.

Zum einen scheinen die Mikroprozessoren, die innerhalb Russlands von einer kleinen Anzahl Unternehmen hergestellt werden, im Vergleich zu westlichen Lösungen an mangelhafter Qualität und übermäßiger Komplexität zu leiden. Nach Verhängung der westlichen Sanktionen waren die russischen Firmen nicht in der Lage, Technologien aus den USA oder deren Verbündeten, die sich den Sanktionen angeschlossen haben, legal zu erwerben. Hierzu zählte auch die »Taiwan Semiconductor Manufacturing Company« (TSMC), auf deren Produkte die russischen Chiphersteller in großem Maße zurückgriffen (<https://www.washingtonpost.com/technology/2022/02/25/ukraine-russia-chips-sanctions-tsmc/>). Ein Ersatz dieser Komponenten durch chinesische Versionen erfordert in einigen Fällen eine Neugestaltung der elektronischen Ausrüstung und eine Umstrukturierung der Unternehmensketten, was mehrere Jahre in Anspruch nehmen könnte (<https://secretmag.ru/technologies/chipy-pod-sankciyami-sposobna-li-rossiya-obespechit-sebja-mikroelektronikoi.htm>). Darüber hinaus hinken chinesische Chips in ihrem Aufbau den westlichen Chips hinterher. Bestimmte Chips (wie etwa »Spartan 6«, »TSOP 66« oder »LQFP64«), die im Kommunikationssystem »Asart« oder den Präzisionsraketen vom Typ 9M544 zu finden sind, können zwar über »AliExpress« bezogen werden, doch könnte die Nutzung solcher kommerziell verfügbaren Komponenten dazu führen, dass die russischen Waffensysteme weniger zuverlässig und stör anfälliger sind (https://defence-ua.com/weapon_and_tech/na_mikroshemah_z_%20aliexpress_analogovnjeta_sistema_navedennja_tornado_s_z_rf_foto-8418.html). So war Wally Adeyemo, der stellvertretende Finanzminister der USA, der Ansicht, dass »nahezu 40 Prozent der weniger fortschrittlichen Mikrochips, die

Russland aus China bezieht, mit Mängeln behaftet sind« (<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy1286>).

Zweitens kann die russische Halbleiterindustrie die große Nachfrage nach diesen Elementen nicht befriedigen. Daten von Ende 2022 zufolge benötigt das Land pro Monat bis zu 30.000 Platinen einfacher Mikrochips. Innerhalb Russlands können allerdings nur 8.000 Platinen produziert werden (<https://www.kommersant.ru/doc/5667792>). Im Januar 2023 verkündete die Regierung den Start eines neuen Technologieparks in der russischen Region Uljanowsk mit der Absicht, die dortige Halbleiterproduktion anzukurbeln (<https://www.kommersant.ru/doc/5759442>). Angesichts der Exportbeschränkungen ist es allerdings schwierig, die Produktionsraten und die Qualität der dort gefertigten Produkte abzuschätzen.

Schlussfolgerungen

Russland sieht sich bei der Produktion und der Lieferung von Halbleitern einer Reihe ungeheurer Herausforderungen gegenüber. Seit dem Einmarsch in die Ukraine sind beträchtliche Schwächen der Lieferketten von Halbleitern nach Russland zu Tage getreten. Diese Lieferketten sind nicht völlig unabhängig, es besteht hier also keine technologische Souveränität. Dass die internationalen Sanktionen gezielt den Chip-Sektor ins Visier nahmen, ist dabei kein Zufall: Dadurch, dass die zivile Industrie getroffen wird, hat der Militärisch-Industrielle Komplex damit zu kämpfen, sich nachhaltigen Zugang zu hochwertigen Mikrochips für seine Waffensysteme zu sichern. In diesem Bereich spielen Strategien zur Umgehung der Sanktionen eine Rolle, etwa die Errichtung illegaler Lieferketten. Eine genaue Nachverfolgung dieser Ketten ist aber nur schwer möglich. Auf dem Schlachtfeld in der Ukraine wird es wohl langfristig zu Problemen für die Leistungsfähigkeit der russischen Streitkräfte geben. Diese Entwicklung dürfte auch ein Licht darauf werden, wie es tatsächlich um die Substanz der russisch-chinesischen Beziehungen bestellt ist, da Moskau beträchtliche technologische Unterstützung von Peking erwartet. Dieses Bedürfnis Russlands steht allerdings in einem Spannungsfeld mit Chinas Befürchtungen, selbst Opfer sekundärer US-Sanktionen zu werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dr. *Julien Nocetti* ist Associate Fellow am Französischen Institut für Internationale Beziehungen (IFRI), Forscher am Zentrum GEODE (Geopolitics of the datasphere, Université Paris 8) und leitet den Lehrstuhl für den Umgang mit Cyberrisiken an der School of Business in Rennes.

Lesetipps

- J. Byrne et al., The Orlan Complex: Tracking the Supply Chains of Russia's Most Successful UAV, London: Royal United Services Institute, Dezember 2022, <https://rusi.org/explore-our-research/publications/special-resources/orlan-complex-tracking-supply-chains-russias-most-successful-uav>.

- J. Byrne, *Silicon Lifeline: Western Electronics at the Heart of Russia's War Machine*, London: Royal United Services Institute, 8. August 2022, <https://rusi.org/explore-our-research/publications/special-resources/silicon-lifeline-western-electronics-heart-russias-war-machine>.
- S. Tolkachev, A. Teplyakov, *Import Substitution in Russia. The Need for a System-Strategic Approach*, *Problems of Economic Transition*, 60:7, 2018, S. 545–577, <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/10611428.2022.2111162>.

ANALYSE

Kann Russlands SORM den Sanktionssturm überstehen?

Gavin Wilde (Carnegie Endowment for International Peace, Washington D.C.)

DOI: 10.31205/RA.439.02

Zusammenfassung

Russlands digitaler Telekommunikationssektor und das elektronische Überwachungssystem SORM waren vor dem Angriffskrieg gegen die Ukraine in hohem Maße auf westliche Technologien angewiesen. Nach der Invasion haben westliche Sanktionen und Exportkontrollen den Zugang zu Hard- und Software massiv erschwert. Russlands repressiver Überwachungsstaat steht nun vor ungewissen Aussichten, da sich im Inland oder in China hergestellte Technologien als unzureichend erweisen könnten, um westliche Importe zu ersetzen.

Fünfzehn Jahre bevor Edward Snowden die elektronischen Überwachungsmöglichkeiten der USA offenlegte, gelangte eine junge russische Journalistin namens Wiktorija Jegorowa in den Besitz eines Dokuments, in dem Russlands eigene Bemühungen zur Überwachung von Telefon- und zunehmend auch digitalen Netzwerken beschrieben wurden. Im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte lüfteten investigative Journalist:innen wie Irina Borogan und Andrej Soldatow den Schleier der Geheimhaltung um Russlands System für Fahndungs- und Ermittlungsmaßnahmen (*Sistema operativno-rosysknych meroprijatij, SORM*) (<https://www.theguardian.com/world/2015/sep/08/red-web-book-russia-internet>). Diese Erkenntnisse, insbesondere vor dem Hintergrund des erneuten Einmarsches Moskaus in die Ukraine im Jahr 2022 und der anschließenden technologischen und wirtschaftlichen Isolierung vom Westen, werfen nun Fragen hinsichtlich der langfristigen Überlebensfähigkeit von SORM auf.

Moskaus erste Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen (F&E) für ein umfangreiches System der Telefonüberwachung begannen Mitte der 1980er Jahre in der damals ältesten F&E-Einrichtung der Sowjetunion im Moskauer Vorort Kutschino. Zu dieser Zeit war die 12. Abteilung des KGB für die technischen Details des Abhörens und der Überwachung der inländischen Telefonzentralen zuständig. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion übernahm die wichtigste Nachfolge-

behörde des KGB, der Föderale Sicherheitsdienst (FSB), das Programm, wobei das ähnlich benannte sogenannte 12. Zentrum die Leitung innehatte.

Mitte der 1990er Jahre wurden die analogen Festnetz-Telekommunikationssysteme allmählich durch digitale Systeme und Mobilfunk ersetzt. Parallel dazu entwickelten sich auch die Funktionen von SORM weiter. Als beispielsweise 1998 die E-Mail schlagartig Verbreitung fand, schlugen die russischen Kommunikationsbehörden vor, dass alle Internetdiensteanbieter (Internet Service Providers, ISP) auf eigene Kosten SORM-fähige »Black Boxes« installieren sollten. Dabei handelte es sich um Komponenten, die es dem FSB ermöglichten, den Internetverkehr abzuhören. Um bestimmte Inhalte abzuhören, waren gerichtliche Anordnungen erforderlich, allerdings war der FSB nicht verpflichtet, Dritte, einschließlich Internetanbieter, über diese Anordnungen zu informieren (<https://www.themoscowtimes.com/2013/06/18/nsa-is-no-match-for-the-fsb-a25059>). Der FSB fungierte auch als alleinige Lizenzierungsbehörde für die von den russischen Anbietern verwendeten kryptografischen Mechanismen, wodurch der meiste Webverkehr leicht zu entschlüsseln war. Die russischen Behörden konkurrierten später mit der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung seitens der Nutzer:innen, was die Überwachung erschwerte (<https://www.bbc.com/news/technology-43668537>). Zur Jahrtausendwende trat die verschärfte Regulierung der staat-

lichen Überwachung in Kraft, die insbesondere die großen russischen Telekommunikationsunternehmen und Internetanbietern in die Pflicht nahm.

Unter Präsident Wladimir Putin wurde Russland immer repressiver, und auch SORM hielt mit diesen Entwicklungen Schritt. Seit 2016 sind Telekommunikationsunternehmen und Internetdienstleister im Rahmen der als »Jarowaja-Gesetzgebung« bekannten Anti-Terror-Gesetzgebung verpflichtet, alle Inhalte – hierzu gehören Sprache, Text, Video und Bilder – sechs Monate lang aufzubewahren. Zugehörige Metadaten (Absender, Empfänger, Zeitstempel, Standort) müssen bis zu drei Jahre lang gespeichert werden. Diese Daten sind auf Anfrage den Behörden zur Verfügung zu stellen. Anfallende Infrastrukturkosten für die Einhaltung dieser Vorschriften müssen allein von den Dienstleistern getragen werden. Ab 2020 forderte der FSB ausnahmslos den uneingeschränkten Fernzugriff auf alle Nutzer:innen-daten sowie die automatische Entschlüsselung der Kommunikation. Anfang 2021 zentralisierte das Innenministerium die eigenen Überwachungsprogramme, die wiederum dem 12. Zentrum des FSB unterstellt wurden.

Im Sommer 2022 ging das Digitalministerium dazu über, nicht nur Geldstrafen gegen Internet- und Telekommunikationsanbieter zu verhängen, die sich nicht an die SORM-Regulierung hielten, sondern verweigerte ihnen auch die Betriebslizenz oder entzog diese ganz. Die föderale Aufsichtsbehörde Roskomnadsor nutzte die SORM-Infrastruktur, um den Datenverkehr und den Zugang zu tausenden von westlichen Websites und Diensten zu sperren. Moskaus langjähriges Projekt, sein »souveränes Internet« (<https://www.atlanticcouncil.org/in-depth-research-reports/issue-brief/reassessing-runet-russian-internet-isolation-and-implications-for-russian-cyber-behavior/>) von allen Webinhalten abzuschotten, die den Interessen des Kremls zuwiderlaufen, wurde zusehends mit SORM integriert mit dem Ziel, ein weitgehend in sich geschlossenes, leicht zu überwachendes und regulierbares Informationsökosystem zu schaffen. Die Leitlinie, die sich daraus für die Praxis der digitalen Kommunikation ergab, lautet: »was nicht überwacht oder zensiert werden kann, wird nicht übertragen«. So deutet beispielsweise die Tatsache, dass Moskau zunächst versucht hat, die beliebte Messaging-App Telegram im Jahr 2018 vollständig zu blockieren, dann aber nach diesem gescheiterten Versuch dazu übergegangen ist, die App in vollem Umfang zu nutzen, auf eine gewisse Fähigkeit zur Entschlüsselung des Datenverkehrs hin (<https://focus.ua/digital/525481-fsb-u-kursichomu-peresichnim-ukrajincyam-ta-mozhnovladcyamne-slid-koristuvatisya-telegram>), entweder mit oder ohne Zustimmung von Telegram (<https://www.themoscowtimes.com/2017/09/27/fsb-seeks-telegram-encryption-keys-founder-claims-a59085>).

Derzeit nutzt Moskau SORM zudem wahrscheinlich für einige rudimentäre Überwachungsmaßnahmen in ehemaligen Sowjetrepubliken (<https://privacyinternational.org/blog/1296/lawful-interception-russian-approach>) und vermarktet SORM-Fähigkeiten an befreundete Staaten in Lateinamerika und anderen Regionen. Westliche Technologie wiederum scheint eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung von SORM gespielt zu haben. Die Entwicklung über das bloße Abhören von Telefongesprächen hin zur Überwachung des Internetverkehrs (auch Deep Packet Inspection, kurz DPI genannt) erforderte einen massiven Datenvernetzungs- und Speicherbedarf (Storage Area Network, SAN). Amerikanische, japanische, südkoreanische und europäische Firmen sind die Hauptakteure auf dem globalen SAN-Markt. Aus Dokumenten, die TechCrunch (<https://techcrunch.com/2019/09/18/russia-sorm-nokia-surveillance/>) und der New York Times (<https://www.nytimes.com/2022/03/28/technology/nokia-russia-surveillance-system-sorm.html>) zwischen 2019 und 2022 zugespielt wurden, geht hervor, dass Geräte des finnischen Unternehmens Nokia und der US-amerikanischen multinationalen Unternehmen Cisco und Prodera für die Funktionsfähigkeit von SORM unentbehrlich waren. Dies ist nicht unbedingt ungewöhnlich, da Regierungen auf der ganzen Welt, auch in Demokratien mit transparenterer Rechtsprechung, digitale Netzwerkprodukte benötigen, um Abhörprogramme für Strafverfolgungsbehörden zu erleichtern. Diese Enthüllungen ermöglichten jedoch einen Einblick in die offensichtliche Abhängigkeit von ausländischer Technologie, was in krassem Gegensatz zu Russlands Rhetorik steht, »Importsubstitution« voranzutreiben und Russland technologische Autarkie zu garantieren.

Gleichzeitig besteht ein inländisches Ökosystem von Auftragnehmern und Zulieferern, die SORM ermöglichen. Durch eine Reihe von Fusionen und Übernahmen in den letzten zehn Jahren wurden viele dieser Unternehmen zeitweise unter der direkten und indirekten Aufsicht einer einzigen Person konsolidiert: dem in Usbekistan geborenen russischen Tycoon Alischer Usmanow. Usmanow, der zu den 100 reichsten Personen der Welt gehörte, unterhält Berichten zufolge enge Beziehungen zu hochrangigen Kreml- und FSB-Beamten und besitzt große Anteile an der größten russischen Telekommunikationsgesellschaft Megafon. Er war auch ein wichtiger Partner für das Zitadel-Konglomerat, das schätzungsweise 60–80 Prozent (<https://thebell.io/partner-usmanova-monopoliziroval-rynok-proslushki-dlya-zakona-yarovo/>) der Unternehmen kontrolliert, die SORM landesweit ausstatten. Hierzu gehören MFI Soft, Norski-Trans und Special Technologies, die auch ehemalige Offiziere des 12. Zentrums des FSB als Mitarbeitende beschäftigen

sind. Das Unternehmen Zitadel hat somit am meisten von der »Jarowaja-Gesetzgebung« profitiert.

Russlands erneuter Einmarsch in die Ukraine Ende Februar 2022 stellte einen Wendepunkt dar. Innerhalb weniger Wochen stellten zahlreiche westliche Technologieunternehmen ihre Tätigkeit auf dem russischen Markt freiwillig ein oder begannen damit, Vorbereitungen für den Rückzug zu treffen. Zu den Unternehmen, die Russland den Rücken kehrten, gehörten Nokia, Cisco und Procera, aber auch andere wichtige Konzerne wie Intel, Adobe, Hewlett-Packard, Microsoft, Dell, Eriksson, LG, Nvidia, Kyocera, Siemens, SAP, Oracle, Juniper Networks und Samsung (<https://som.yale.edu/story/2022/over-1000-companies-have-curtailed-operations-russia-some-remain>). Nach einigen Einschätzungen entfiel fast ein Fünftel des gesamten Rückzugs vom russischen Markt auf Technologieunternehmen. Durch diese Abwanderung wurden die Pläne des Digitalministeriums für die Einführung von 5G zunichte gemacht, was viele Brancheninsider:innen die Sorge äußern ließ, dass der durch den Rückzug bedingte Mangel an Ausrüstung die Mobilfunknetze des Landes langfristig lähmen könnte. So bedienten Geräte von Ericsson und Nokia (beispielsweise Antennen oder Glasfaserkabel) fast die Hälfte aller Mobilfunkbasisstationen in Russland. Umgekehrt machte der russische Markt wiederum nur zwei bis drei Prozent der globalen Einnahmen dieser Unternehmen aus.

Ein weiterer wichtiger Faktor sind die westlichen Sanktionen und Exportkontrollen. Diese Beschränkungen durch die Vereinigten Staaten und 37 andere Länder, die in mehreren komplexen und koordinierten Runden erlassen wurden, zielen darauf ab, die Lieferung strategischer Technologien, vor allem Halbleiter und andere mikroelektronische Komponenten, an das russische Militär zu unterbinden. Dazu gehörte auch die erstmalige Anwendung der *Foreign Direct Product Rule* (<https://www.atlanticcouncil.org/blogs/econographics/foreign-direct-product-rule-is-russia-the-next-huawei/>) durch die Vereinigten Staaten gegen ein ganzes Land, um dessen Zugang zu Erzeugnissen, die in den USA hergestellte Software und Hardware verwenden, erheblich einzuschränken. Auch wenn der russische Telekommunikationssektor (noch) nicht in großem Umfang von solchen Beschränkungen betroffen ist, besteht der begründete Verdacht, dass Moskau wichtige Komponenten zur Deckung des unmittelbaren militärischen Bedarfs abzwängt. So haben ukrainische staatliche Sprecher:innen berichtet, dass Chips aus Haushaltsgeräten in erbeuteten russischen Panzern und abgeschossenen Drohnen gefunden wurden. In diesem Zusammenhang sind auch Berichte zu sehen, dass der US-Gigant Cisco, nicht verkaufte Lagerbestände und Ersatzteile im Wert von über 23 Millionen Dollar vernichtete, als er sei-

nen Rückzug aus Russland im Frühjahr 2023 vollzog, damit diese nicht in die Hände eines immer repressiveren Regimes fallen, das einen brutalen Krieg gegen seine Nachbarn führt.

Die Ausweitung des Wirkungsbereichs von SORM auf besetzte ukrainische Gebiet veranlasste die Vereinigten Staaten dazu, die Zitadel-Holding und anderer Lieferanten Anfang 2022 zu erfassen. Auch Usmanow und sein Geschäftsimperium befinden sich im Fadenkreuz. Nachdem die Vereinigten Staaten bereits kurz nach Ausbruch des Krieges sein persönliches Vermögen eingefroren hatten, blockierten sie im April 2022 jegliche Transaktionen mit Wirtschaftsunternehmen, die ihm direkt oder indirekt zu 50 Prozent oder mehr gehören, darunter Megafon. Die Europäische Union folgte diesem Beispiel. Dies könnte möglicherweise der Hintergrund sein, warum Usmanow Anfang 2023 seinen »Rückzug« aus dem Geschäftsleben ankündigte (<https://www.svoboda.org/a/usmanov-soobschil-rspp-ob-othode-ot-aktivnoy-deyatelnosti-/32235558.html>) und Anteile an Unternehmen, die für den Betrieb von SORM unerlässlich sind, zu veräußern (<https://www.vedomosti.ru/business/news/2022/03/02/911731-usm-prodaet-iks-holding>). Der Kreml wirkte zudem hinter den Kulissen darauf hin (<https://interfax.com/newsroom/top-stories/87391/>), dass die staatlich kontrollierte Rostelekom Megafon übernimmt. Der russische Minister für digitale Entwicklung, Maxut Schadajew, teilte Interfax im Februar 2023 mit, dass eine solche Übernahme die territoriale Abdeckung durch eine optimierte Verteilung des knappen technischen Inventars erweitern würde, anstatt dass jeder Anbieter nur sein eigenes Netz und seinen eigenen Kundenstamm bediene. Zu möglichen kartellrechtlichen Bedenken äußerte er sich nur flüchtig.

Mangelnde Konsolidierung auf dem Mobilfunkmarkt stellte bisher ein Hindernis für SORM dar, und das schon vor den westlichen Sanktionen und der daraus resultierenden Knappheit an technischer Ausrüstung. In Ermangelung eines einheitlichen, staatlich geführten Telekommunikationsunternehmens erfüllten unabhängige Anbieter lange Zeit nur schleppend das absolute Minimum an SORM-bezogenen Anforderungen. Branchenkenner:innen weisen darauf hin, dass dafür technologische Interoperabilität und Langlebigkeit eine notwendige Voraussetzung ist, die in der Praxis oft nicht gegeben sind.

Dabei ist die vollständige Einhaltung aller gesetzlichen Regelungen kostspielig. Eine Untersuchung (https://www.rbc.ru/technology_and_media/09/11/2017/5a03187e9a7947d88f988f53) von Russia Business Consulting aus den Jahren 2016–2017 ergab, dass Roskomnadsor in diesem Zeitraum über 450 SORM-bezogene Strafen für administrative Verstöße gegen mehr als 200 Anbieter und Einzelpersonen verhängte. Zu

bedenken ist dabei, dass die finanzielle Belastung, die die Umsetzung von SORM mit sich bringt, insbesondere für kleinere Unternehmen nahezu unerschwinglich war. Der FSB und das Digitalministerium schätzten 2017 die durch SORM verursachten Kosten für die Branche auf bis zu 4,5 Billionen Rubel (<https://tjournal.ru/tech/72992-v-rossii-vstupila-v-silu-samaya-zhestkaya-chast-zakona-yarovoy-operatoroy-potratyarekordnye-summy-a-ceny-vyrastut>), während die Russische Union der Industriellen und Unternehmer in seiner eigenen Schätzung von mehr als dem Dreifachen dieser Summe ausging. Mit anderen Worten: Sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Aspekte von SORM schaffen Anreize für die Konsolidierung unter den größten Internet- und Telekommunikationsanbietern (<https://www.reuters.com/markets/deals/russia-approves-veons-sale-vimpelcom-management-rbc-cites-sources-2023-02-01/>), da für kleinere Unternehmen die Kosten für die Einhaltung und Nichteinhaltung von SORM gleichermaßen unerschwinglich sind (<https://dgap.org/en/research/publications/security-first-technology-second>) und ihnen der politische Einfluss großer Konkurrenten wie Rostelekom, MTS und Megafon fehlt. Sollte das bisher von Usmanow kontrollierte Megafon tatsächlich in Staatseigentum übergehen, wäre dies ein weiteres Anzeichen, dass der Kreml weniger an Förderung des Technologiesektors interessiert ist als an dessen bloßer Unterwerfung.

Ironischerweise würde eine größere staatliche Kontrolle über die Telekommunikationsbranche das SORM-Programm für westliche Sanktionen und technologische Isolation anfälliger denn je machen. Je länger Russland auf Hardware- und Softwarelösungen angewiesen ist, für die keine Updates oder Dienstleistungen in Aussicht gestellt werden, desto größer wird die technologische Bürde, die SORM in der Zukunft generieren wird. Wie der Branchenanalyst Roger Entner im April 2022 gegenüber der *Moscow Times* erklärte, »wird Russland im Jahr 2022 stehen bleiben, während sich der Rest der Welt weiterentwickelt. Das Land könnte sich in ein gescheitertes Technologiemuseum verwandeln« (<https://www.themoscowtimes.com/2022/04/22/failing-technology-museum-uncertain-future-for-russian-telecoms-as-foreign-firms-flee-a77464>). Es gibt weitere Anzeichen, dass sich diese Prognose erfüllen könnte, da sowohl das Ministerium für digitale Entwicklung als auch Brancheninsider:innen im Frühjahr 2023 einräumten, dass eine groß angelegte Einführung der 5G-Mobilfunktechnologie in ganz Russland bis mindestens 2030 (<https://www.kommersant.ru/doc/5988542>) unwahrscheinlich bleibt. Verantwortlich dafür sei sowohl ein Mangel an ausländischen Komponenten als auch an inländischen Produktionskapazitäten. Ob Unternehmen wie Ericsson bereit sind, Lizenzen für in Russland herge-

stellte Versionen ihrer Geräte zu vergeben, bleibt offen (<https://www.kommersant.ru/doc/5967047>). Gleichzeitig sind die sogenannten »Parallelimporte« (der Import von Gütern über Drittländer ohne Genehmigung der Hersteller, Anm. d. Red.) mit Engpässen und Strafmaßnahmen verbunden sind (<https://www.macobserver.com/news/russia-legalizes-shady-gray-market-for-tech-products-in-effort-to-skirt-sanctions/>; <https://eurasianet.org/russias-parallel-imports-hindered-by-central-asia-bottleneck>).

Telekommunikationsunternehmen und Internetanbieter sind nicht die einzigen Akteure, auf die sich die russischen Behörden stützen, um ihre umfassenden Überwachungsmaßnahmen zu ermöglichen. Im Jahr 2017 richtete die Zentralbank das »Einheitliche Biometrische System« (Jedinaja Biometritscheskaja Sistema, JeBS) ein, um die Millionen Proben von Stimmen und Gesichtern der Kund:innen russischer Banken zu speichern. Innerhalb von vier Jahren wurde die Anbindung an das JeBS und die Eingabe von Daten in das System für die Finanzbranche verpflichtend. Ende letzten Jahres erklärte Präsident Wladimir Putin das JeBS zum einzigen Speicherort für biometrische Daten, das per Gesetz nun Daten erfasst, die von Fingerabdrücken bis hin zu Überwachungskameraaufnahmen von Straßen reichen. Außerdem übertrug Putin die gesamte Aufsicht und operative Kontrolle über das JeBS an den FSB, der mit ziemlicher Sicherheit beabsichtigt, das JeBS und SORM zu integrieren. Eine solche Interoperabilität, die eine ausreichende Infrastruktur an Datenbanken notwendig macht (<https://www.kommersant.ru/doc/5258236>), erscheint kurzfristig allerdings als unwahrscheinlich.

Selbst wenn der Kreml beschließen würde, die Milliardenkosten für den Austausch veralteter westlicher Technik in Russlands digitaler Kommunikations- und Überwachungsinfrastruktur zu übernehmen, ist es ebenso unwahrscheinlich, dass im Inland oder in China hergestellte Geräte Ersatz schaffen können. So berichtet beispielsweise die staatlich kontrollierte Zeitung *Kommersant* (<https://www.kommersant.ru/doc/3670738>), dass die Hälfte des russischen Marktes für Computerserver aus ausländischer Produktion stammt. Einer aktuellen Studie des *Bank of Finland Institute for Emerging Economies* (BOFIT) zufolge ist jedoch der Wert der weltweiten Technologieeinfuhren nach Russland zwischen Dezember 2021 und Dezember 2022 um 30 Prozent gesunken. Dieser Wert umfasst auch Importe aus China, die um 10 Prozent zurückgingen.

Die Abhängigkeit von China würde eigene Risiken mit sich bringen, wie in einem kürzlich durchgesickerten Schreiben des russischen Ministeriums für digitale Entwicklung an nationale Sicherheitsbeamte vom Sommer 2022 dargelegt wird (<https://www.themoscowtimes.com/2023/04/19/sanctions-hit-russia-weary-of-over>

reliance-on-chinese-tech-bloomberg-a80875). In dem Dokument wird nicht nur vor Gefahren für die Funktionsfähigkeit kritischer Informationsinfrastrukturen gewarnt, sondern auch für die Überlebensfähigkeit einheimischer Technologieunternehmen. Als Maßnahme schlug das Ministerium Einfuhrbeschränkungen für Huawei und andere chinesische Produkte vor. Außerdem räumte das Ministerium ein Zeitrahmen von bis zu 24 Monaten ein, um eine vollständige Abhängigkeit von Peking abzuwenden. Diese Periode könnte wiederum ein Hinweis auf die schwindenden Lagerbestände der wichtigsten Ersatzteile sein. Eine neuere Analyse der Handelsdaten zeigt jedoch, dass China seit Beginn des Krieges zwar ein Rettungsanker für einige wichtige Technologieexporte nach Russland war, aber gleichzeitig nicht in der Lage ist, jegliche benötigte Technologie zu ersetzen.

So aufrichtig Peking Moskau beruhigen mag, wie innig doch die Freundschaft zwischen den beiden Ländern ist, so hindern dennoch die westlichen Sanktionen chinesische Technologiegiganten wie Huawei und ZTE daran, der schwächelnden russischen Technologiebranche zu Hilfe zu kommen. Huawei wartet zwar weiterhin in Russland installierten Geräte und rüstet diese nach (ganz im Gegensatz zu Ericsson und Nokia). Der chi-

nesische Konzern hat aber seine Aktivitäten in Russland merklich eingeschränkt und neue Aufträge eingestampft. Die Unternehmen beider Länder sind weitgehend von global agierenden Halbleiterherstellern wie Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC) mit Sitz in Taiwan, Intel mit Sitz in den USA und Samsung mit Sitz in Südkorea abhängig, welche sich bisher an die vom Westen verabschiedeten Sanktionen halten. Mit diesen Einschränkungen begrenzt der Westen somit auch das Ausmaß, in dem Russlands wachsende Defizite in der Spitzentechnologie ausgleichen kann.

Letztendlich ist der vom FSB geführte Überwachungsstaat, den der Kreml vor dem Krieg gegen die Ukraine (und der KGB in der Blütezeit des Kalten Krieges) im Sinne hatte, nun mit vielen, durch den Krieg entstandenen Abhängigkeiten konfrontiert, die den Ausbau hemmen könnten. Viele Aspekte des Programms unterliegen der Geheimhaltung. Die vorliegenden Erkenntnisse deuten jedoch darauf hin, dass das Schicksal von SORM weitgehend mit dem des russischen Technologie-sektors verwoben ist. In dem Maße, wie die Kosten steigen, die Komponenten knapper werden und westliche Regierungen Unternehmen wie Zitadel ins Visier nehmen, werden wahrscheinlich auch die Überwachungsmöglichkeiten und -kapazitäten des FSB leiden.

Über den Autor

Gavin Wilde ist Senior Fellow im Programm für Technologie und internationale Angelegenheiten beim Carnegie Endowment for International Peace, wo er sich mit Cyber- und Informationskonflikten beschäftigt. Zuvor war er als Direktor für Russland, das Baltikum und den Südkaukasus beim Nationalen Sicherheitsrat der USA und als leitender Analyst bei den US-Geheimdiensten tätig. Er ist ein Absolvent des National War College (mit Auszeichnung), wo er sich auf Informationskriegsführung spezialisiert hat.

Lesetipps

- Byrne, James, Gary Somerville, Joe Byrne, Jack Watling, Nick Reynolds, and Jane Baker. 2022. "Silicon Lifeline: Western Electronics at the Heart of Russia's War Machine." RUSI, August 2022. https://static.rusi.org/RUSI-Silicon-Lifeline-final-updated-web_0.pdf.
- Epifanova, Alena und Philipp Dietrich. 2022. "Russia's Quest for Digital Sovereignty: Ambitions, Realities, and Its Place in the World." DGAP Analysis 1, Februar 2022. https://dgap.org/sites/default/files/article_pdfs/DGAP-Analyse-2022-01-EN_0.pdf.
- Farah, Douglas und Marianne Richardson. 2022. "Dangerous Alliances: Russia's Strategic Inroads in Latin America." INSS Strategic Perspectives 41 (Dezember 2022). <https://ndupress.ndu.edu/Portals/68/Documents/stratperspective/inss/strategic-perspectives-41.pdf>.
- Wilde, Gavin; Sherman, Justin. 2023. "No Water's Edge: Russia's information War and Regime Security." Carnegie Endowment for International Peace, 04. Januar 2023. <https://carnegieendowment.org/2023/01/04/no-water-s-edge-russia-s-information-war-and-regime-security-pub-88644>
- Wilde, Gavin; Sherman Justin. 2022. "Putin's internet plan: Dependency with a veneer of sovereignty." Brookings, 11. Mai 2022. <https://www.brookings.edu/techstream/putins-internet-plan-dependency-with-a-veneer-of-sovereignty/>
- Simola, Heli. 2023. "The Shift in Russian Trade during a Year of War." BOFIT Policy Brief 9/2023. <https://publications.bof.fi/handle/10024/52738>
- Simola, Heli und Aino Röyskö. 2023. "Russia's Technology Imports from East Asia." Asian Economic Papers 22 (1): 1–10. <https://direct.mit.edu/asep/article/22/1/1/114932/Russia-s-Technology-Imports-from-East-Asia>
- Soldatov, Andrei und Irina Borogan. 2022. "Russia's Surveillance State." Center for European Policy Analysis, 26. Oktober 2022. <https://cepa.org/article/russias-surveillance-state/>

Russisches Nuklearroulette? Die Atomschlagdebatte in der russischen Think-Tank-Fachöffentlichkeit

Lydia Wachs (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Russland flankiert seinen Krieg gegen die Ukraine von Beginn an regelmäßig mit Nuklearrhetorik. Bisher gingen diese nuklearen Anspielungen vor allem von russischen Eliten und Entscheidungsträger:innen aus. Gleichzeitig sind scharfe Debatten über den Einsatz von Nuklearwaffen in Talkshows im Staatsfernsehen schon zu einem Gemeinplatz geworden. Seit Mitte Juni führt nun auch die strategische Expert:innen-Fachgemeinschaft in Moskau eine intensive Diskussion darüber, ob Russland seine Eskalationsstrategie verschärfen und präemptiv Nuklearwaffen einsetzen sollte. Dieser Meinungsaustausch zeugt vor allem davon, dass der bisherige Kriegsverlauf diese Fachexpert:innen enttäuscht hat und die russische Einschüchterungsstrategie aus ihrer Sicht gescheitert ist. Einige Annahmen dieser konservativen Think-Tanker über die Rolle von Nuklearwaffen und das Risiko von Eskalationsdynamiken dürften aber dem Verständnis der russischen Führung widersprechen. So bleibt es äußerst fraglich, ob sie mit ihrer Argumentation die Politik des Kremls beeinflussen können.

Es war ein provokanter Beitrag des russischen Intellektuellen Sergej Karaganow, der diese intensive Nukleardebatte auslöste. Mittlerweile haben sich eine Vielzahl russischer Expert:innen zu Wort gemeldet, und dabei haben sich zwei Lager herausgebildet.

Die Hauptaussagen des ersten Lagers, zu dem Sergej Karaganow, Dmitrij Trenin sowie Andrej Frolow gehören, lassen sich grob in drei Punkten zusammenfassen. Erstens beklagen sie, dass westliche Eliten und Bevölkerungen die Angst vor Nuklearwaffen verloren haben. Russlands Nuklearwaffenpotenzial habe trotz Moskaus regelmäßiger Warnungen und Einschüchterungsversuche die USA und andere NATO-Staaten nicht davor abgeschreckt, die Ukraine zu unterstützen und einen Krieg an der »Flanke einer nuklearen Supermacht« zu führen. Daraus ziehen sie zweitens den Schluss, dass Moskau seine Strategie anpassen müsse. Um das westliche Engagement für Kyjiw zu unterbinden und einen direkten Zusammenstoß zwischen Russland und der NATO zu verhindern, sollte Moskau die Schwelle zum Nuklearwaffeneinsatz reduzieren. Insbesondere sollte Moskau mit intensivierten Drohgebärden die Furcht vor einem russischen Nuklearwaffeneinsatz im Westen wiederbeleben. Sollte dies nicht ausreichen, um den Willen des Westens zu brechen, so müsse Russland mehrere Ziele in europäischen NATO-Mitgliedstaaten, die die Ukraine am stärksten unterstützen, nuklear angreifen (Karaganow spricht dabei bildlich von der polnischen

Stadt Posen, Anm. d. Red.). Eine derartige Wiederbelebung der Angst vor Nuklearwaffen würde nicht nur Russland, sondern die gesamte Menschheit retten. Dabei argumentieren Karaganow und Trenin drittens, dass das Risiko eines nuklearen Gegenschlags der NATO und einer Eskalation extrem gering sei und äußern große Zweifel an der Beistandsverpflichtung der westlichen Allianz und Washingtons nuklearen Sicherheitsgarantien gegenüber seinen Verbündeten. Die USA würden gegebenenfalls konventionell auf einen russischen Nuklearwaffeneinsatz in Europa reagieren. Russland würde daraufhin jedoch einen Nuklearschlag gegen die USA durchführen, woraufhin ihrer Ansicht nach keine weitere Eskalation folgen würde.

Das Lager der Kritiker:innen, welches sich insbesondere aus Alexej Arbatow, Konstantin Bogdanow, Fjodor Lukjanow, Dmitrij Stefanowitsch und Iwan Timofejew zusammensetzt, äußert hingegen große Zweifel an der Argumentation von Karaganow und Trenin und weist auf die Risiken einer verschärften russischen Eskalationsstrategie und einem Nuklearwaffeneinsatz hin. Ein Nuklearwaffeneinsatz würde Russlands strategische Probleme nicht lösen. Vielmehr würde dieser Schritt die westliche Position verhärten, eine unkontrollierte und katastrophale Eskalationsdynamik auslösen und auch von Staaten wie China abgelehnt werden.

Karaganow und Trenin sind bereits in der Vergangenheit durch kontroverse Thesen aufgefallen. Ihre jüngsten Debattenbeiträge erreichen jedoch ein neues Maß der Provokation. Welche Motive sie verfolgen, bleibt vorerst unklar. Sie könnten versuchen wollen, die Politik des Kremls zu beeinflussen, den Westen einzuschüchtern oder lediglich Aufmerksamkeit in den Medien oder der strategischen Fachgemeinschaft in Moskau zu erregen. Es bleibt jedenfalls fraglich, ob sie mit ihrer Argumentation den Kreml derzeit überzeugen und die russische Nuklearwaffenpolitik beeinflussen können.

Erstens unterscheidet sich ihr breites Verständnis über die Rolle von Nuklearwaffen von der derzeitigen russischen Abschreckungsstrategie. Dem Denken von Karaganow, Trenin und Frolow liegt offensichtlich die Annahme zugrunde, dass Russlands Atomwaffen die NATO vor jeglichen Schritten abschrecken sollten, die Moskau missfallen könnten. Hierzu gehören etwa die NATO-Osterweiterung oder das westliche Engagement für die Ukraine. Dies hat offensichtlich nicht funktioniert, und so erklären die Experten Abschreckung als befriedendes Element in den internationalen Beziehun-

gen für tot. Lediglich eine verschärfte Eskalationsstrategie könne nukleare Abschreckung wiederbeleben.

Unter politisch-militärischen Eliten des russischen Generalstabs scheinen jedoch bereits seit langem Zweifel an der Glaubwürdigkeit von nuklearer Abschreckung und Drohungen gegenüber nicht-nuklearen und nicht-existenzgefährdenden Bedrohungen zu bestehen. Dies verdeutlichen strategische Debatten in Zeitschriften des Generalstabs wie *Woennaja Mysl*. So hat Moskau spätestens seit den 2000er Jahren versucht, durch die Modernisierung seiner konventionellen Streitkräfte die bisherige starke Gewichtung von Nuklearwaffen in der eigenen Abschreckungsstrategie zu reduzieren. Stattdessen umfasst Moskaus heutiges offizielles Konzept der strategischen Abschreckung («strategitscheskoje sdershivanie») neben nuklearen Waffen auch konventionelle und nicht-militärische Mittel, um Russlands Abschreckung auch unterhalb der nuklearen Schwelle zu stärken. Auch die russischen Abschreckungsprinzipien aus dem Jahr 2020 unterstreichen, dass Kernwaffen Russland vor allem vor einem atomaren Angriff sowie einer konventionellen Aggression, die die Existenz des Staates bedroht, schützen sollen.

Moskaus Erfahrung im Krieg gegen die Ukraine dürfte dieses Verständnis über den begrenzten Nutzen von Atomwaffen stärken. Zwar scheint Moskau mittels nuklearer Drohgebärden versucht zu haben, neben der Abschreckung einer westlichen Intervention auch die Unterstützung für die Ukraine zu verhindern und Kyjiw zu erpressen. Dabei realisierte Moskau jedoch nur das erste Ziel, denn eine westliche Intervention blieb aus. Die russische Führung dürfte daraus den Schluss ziehen, dass nukleare Drohgebärden zur Unterbindung von westlichen Waffenlieferungen und anderen Unterstützungsmaßnahmen kaum glaubwürdig und damit ineffektiv sind, solange Moskau nicht bereit ist, höhere

Risiken auf sich zu nehmen. Moskau hat jedoch seine Drohungen, Nuklearwaffen einzusetzen, weder verschärft und schon gar nicht ausgeführt. Ganz im Gegenteil, die russische Staatsführung hat die Nuklearrhetorik in den vergangenen Monaten eher wieder zurückgefahren. Wladimir Putin kommentierte beim Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg Mitte Juni zu den Forderungen Karaganows, dass er derzeit keine Notwendigkeit eines Nuklearwaffeneinsatzes sehe und allein die Diskussion darüber gefährlich sei.

Darüber hinaus scheint die russische Führung auch nicht Karaganows und Trenins Annahme über das geringe Eskalationspotenzial eines russischen nuklearen Präemptivschlags zu teilen. Russlands Verhalten im Ukraine-Krieg zeigt stattdessen nicht nur deutlich, dass der Kreml die Folgen eines Atomwaffeneinsatzes einzuschätzen weiß. Auch sucht der Kreml tunlichst, eine direkte Konfrontation mit der NATO zu vermeiden. Und er scheint sogar vor dem Eskalationspotenzial eines direkten Zusammenstoßes und der Reaktion der USA zurückzuschrecken. Daher scheint es derzeit unwahrscheinlich, dass Karaganow und andere Verfechter:innen der Idee einer Absenkung der Nuklearschwelle den Kreml von der Glaubwürdigkeit und Durchführbarkeit einer intensivierten Eskalationsstrategie überzeugen können.

Das Risiko einer nuklearen Eskalation dürfte erst dann steigen, sollte das russische Regime angesichts einer drohenden Niederlage in der Ukraine massiv unter Druck geraten und Putin einen unmittelbaren Machtverlust befürchten. Unter diesen Umständen stiege auch die Glaubwürdigkeit von nuklearen Drohgebärden. Solange dies jedoch nicht der Fall ist, erscheinen die Forderungen der konservativen Think-Tanker auf den ersten Blick bedrohlich. Derzeit bleibt es aber unwahrscheinlich, dass der Kreml dieser rhetorischen Eskalation Taten folgen lässt.

Über die Autorin

Lydia Wachs ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Sie forscht zu Nuklearwaffenpolitik, insbesondere Russlands Strategie- und Fähigkeitsentwicklungen.

Lesetipps

- Arndt, Anna Clara und Liviu Horovitz. 2022. »Eine Chronologie der nuklearen Anspielungen Moskaus im Krieg gegen die Ukraine. Arbeitspapier der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik Nr. 2, Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2022. https://www.swp-berlin.org/publications/products/arbeitspapiere/Chronologie_der_Nukleardrohungen_Russlands_im_Krieg_gegen_die_Ukraine_-_Arbeitspapier.pdf.
- Gellner, Daniel S. 2017. »Nuclear Weapons and International Conflict: Theories and Empirical Evidence«, in: Oxford Research Encyclopedia of Politics, <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.347>.
- Horovitz, Liviu und Anna Clara Arndt. 2022. »Russlands diffuse Nuklearrhetorik im Krieg gegen die Ukraine«. SWP-Aktuell 2022/A 63, 19.10.2022, <https://www.swp-berlin.org/publikation/russlands-diffuse-nuklearrhetorik-im-krieg-gegen-die-ukraine>.
- Wachs, Lydia. 2022. »Die Rolle von Nuklearwaffen in Russlands strategischer Abschreckung«. SWP-Aktuell 2022/A 59, 23.09.2022, <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-rolle-von-nuklearwaffen-in-russlands-strategischer-abschreckung>.

Die russische Debatte über Sergej Karaganows Artikel vom 13. Juni 2023 »Eine schwerwiegende, aber notwendige Entscheidung. Der Einsatz von Atomwaffen kann die Menschheit vor einer globalen Katastrophe bewahren«

Eine Auswahl von Texten der russischen Fachgemeinschaft und weiteren einschlägigen
Stellungnahmen

Wladimir Putin

02.06.2020

Die Russische Föderation betrachtet Atomwaffen ausschließlich als Mittel der Abschreckung, deren Einsatz eine extreme und erzwungene Maßnahme darstellt und unternimmt alle notwendigen Anstrengungen, um die nukleare Bedrohung zu verringern und eine Verschärfung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu verhindern, die zu militärischen Konflikten, einschließlich nuklearer Konflikte, führen kann.

Es gibt vier Szenarien (oder Kombinationen davon), in denen Russland zum Einsatz von Atomwaffen bereit ist:

- a) wenn zuverlässige Informationen über den Start ballistischer Raketen vorliegen, die das Territorium der Russischen Föderation und (oder) ihrer Verbündeten angreifen;
- b) wenn der Feind Kernwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen gegen das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation und (oder) ihrer Verbündeten einsetzt;
- c) wenn der Feind kritische staatliche oder militärische Einrichtungen der Russischen Föderation angreift, deren Beschädigung die Vergeltungsmaßnahmen der Nuklearstreitkräfte beeinträchtigt;
- d) wenn eine Angriffshandlung gegen die Russische Föderation unter Einsatz konventioneller Waffen begangen wird, die die Existenz des Staates gefährdet.

Kremlin.ru: »Ukas Presidenta Rossijskoj Federazii ot 02.06.2020 g. № 355 [Dekret Nr. 355 des Präsidenten der Russischen Föderation vom 02.06.2020]«

<http://www.kremlin.ru/acts/bank/45562>

Wladimir Putin

21.09.2022

»Auch nukleare Erpressung ist im Spiel. Wir sprechen nicht nur über den vom Westen geförderten Beschluss des Kernkraftwerks Saporoshje, der eine nukleare Katastrophe heraufbeschwört, sondern auch über Äußerungen einiger hochrangiger Vertreter führender NATO-Staaten über die Möglichkeit und Zulässigkeit des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen – Atomwaffen – gegen Russland.

Denjenigen, die sich derart über Russland äußern, möchte ich in Erinnerung rufen, dass auch unser Land über verschiedene Vernichtungswaffen verfügt, die in einigen Komponenten sogar fortschrittlicher sind als die der NATO-Staaten. Wenn die territoriale Integrität unseres Landes bedroht ist, werden wir selbstverständlich alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Russland und unser Volk zu verteidigen. Dies ist kein Bluff.

Die Bürger Russlands können sicher sein: Die territoriale Integrität unserer Heimat, unsere Unabhängigkeit und unsere Freiheit werden – das möchte ich noch einmal betonen – mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gesichert. Und diejenigen, die versuchen, uns mit Atomwaffen zu erpressen, müssen wissen, dass der Wind auch in ihre Richtung wehen kann.

Es liegt in unserer historischen Tradition, in der Bestimmung unseres Volkes, denen Einhalt zu gebieten, die nach der Weltherrschaft streben, die drohen, unsere Heimat, unser Mutterland, zu zerstückeln und zu versklaven. Wir werden das jetzt und in Zukunft tun. Ich baue auf Ihre Unterstützung.«

Kremlin.ru: »Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation«

<http://kremlin.ru/events/president/news/69390>

Jake Sullivan (Nationaler Sicherheitsberater der USA)

25.06.2022

»Die USA haben Russland vor ›katastrophalen Folgen‹ gewarnt, sollte es einen Atomangriff auf die Ukraine durchführen, sagte der nationale Sicherheitsberater von Präsident Joe Biden, Jake Sullivan, am Sonntag. Sullivan sagte in der ABC-Sendung ›This Week‹, US-Beamte hätten russischen Offiziellen privat mitgeteilt, dass Biden ›entschlossen reagieren‹ werde, wenn der russische Präsident Wladimir Putin einen Atomschlag anordne, ohne auszuführen, wie die USA reagieren würden. Sullivan sagte, die USA werden sich ›nicht auf einen rhetorischen Schlagabtausch‹ mit Russland einlassen. In einem weiteren Interview sagte Sullivan in der NBC-Sendung ›Meet the Press‹ jedoch, dass ›Russland sehr gut versteht, was die Vereinigten Staaten als Reaktion auf den Einsatz von Atomwaffen in der Ukraine tun würden, weil wir es ihnen klar gemacht haben.«
Voanews: »US Warns Russia of 'Catastrophic Consequences' If It Launches Nuclear Attack in Ukraine«
<https://www.voanews.com/a/us-warns-russia-of-catastrophic-consequences-if-it-launches-nuclear-attack-in-ukraine-/6762441.html>

Dmitrij Trenin (Forschungsprofessor an der Fakultät für Weltwirtschaft und globale Politik der »Higher School of Economics«, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für internationale Sicherheit, Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Russische Akademie der Wissenschaften (IMEMO RAN))

26.09.2022

»Ich glaube nicht, dass viel getan werden kann, um sie [die roten Linien, Anm. d. Red.] zurückzubekommen. Ich werde noch einmal auf den Begriff der Angst zurückkommen, denn nichts anderes kann, wenn wir es ganz nüchtern betrachten, unseren Gegner abschrecken. Ich denke, Amerikas Strategie, Russland strategisch anzugreifen, basiert auf der Überzeugung, dass Russland keine Atomwaffen einsetzen wird: Entweder kriegt es [Russland, Anm. d. Red.] Angst, oder es ist der Meinung, dass die Zerstörung der Zivilisation ein zu hoher Preis für den Erhalt seiner Position ist. Und hier liegt meines Erachtens eine potenziell fatale Fehleinschätzung für die gesamte Menschheit, denn ich habe irgendwie den Satz von Putin aus dem Jahr 2018 verinnerlicht, dass ›wir keine Welt ohne Russland brauchen‹ (<https://ru.valdaiclub.com/events/posts/articles/putin-xv-ezhednoe-zasedanie-valdai/>). Und ich erinnere mich immer wieder daran. Aber ich glaube nicht, dass viele Menschen zum Beispiel in den Vereinigten Staaten diesen Satz so ernst nehmen.«
Russia in Global Affairs: »Wernitje Strach! [Bringt die Angst zurück!]
<https://globalaffairs.ru/articles/vernite-strah/>

Wladimir Putin

27.10.2022

»Erstens: Solange es Atomwaffen gibt, besteht immer die Gefahr ihres Einsatzes.

Zweitens: Das Ziel der heutigen Aufregung über Drohungen und den möglichen Einsatz von Atomwaffen ist sehr primitiv, und ich würde nicht falsch liegen, wenn ich Ihnen sage, was das ist.

Ich habe bereits gesagt, dass dieses Diktat der westlichen Länder, ihr Versuch, Druck auf alle Parteien der internationalen Politik auszuüben, einschließlich der neutralen oder befreundeten Länder, zu nichts führt, und sie suchen nach weiteren Argumenten, um unsere Freunde oder neutralen Staaten davon zu überzeugen, dass sie sich alle gemeinsam gegen Russland stellen müssen. Die Provokation mit Atomwaffen, das Heraufbeschwören der Möglichkeit eines theoretisch möglichen Einsatzes von Atomwaffen durch Russland wird genau dazu benutzt, um diese Ziele zu erreichen. Um unsere Freunde, unsere Verbündeten, neutrale Staaten zu beeinflussen, um ihnen zu sagen: Seht her, wen ihr da unterstützt, was für ein schreckliches Land Russland doch ist, ihr solltet es nicht mehr unterstützen, ihr solltet nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten, ihr solltet ihm nichts mehr abzukaufen, ihr solltet ihm nichts mehr verkaufen. Das ist eigentlich ein primitives Ziel. Was geschieht in der Realität? Wir haben uns nie proaktiv über den möglichen Einsatz von Atomwaffen durch Russland geäußert, und wir haben lediglich mit Andeutungen auf Äußerungen geantwortet, die von führenden westlichen Politikern getätigt wurden. Frau Liz Truss, die vor kurzem noch britische Premierministerin war, sagte ebenfalls unverblümt vor der Presse: Ja, das Vereinigte Königreich ist eine Atommacht. Es liegt in der Verantwortung des Premierministers, sie möglichst zu nutzen, und das werde ich tun. Das ist nicht wortwörtlich, aber nahe am Text. ›Ich [Liz Truss, Anm. d. Red.] bin dazu bereit.‹ Sehen sie, und niemand hat in irgendeiner Weise reagiert. Sagen wir, sie [Liz Truss] damit herausgeplatzt, das Mädchen ist einfach ein bisschen durchgeknallt. Wie kann man so etwas in der Öffentlichkeit sagen? Sie hat es aber getan. Man hätte sie korrigieren, man hätte öffentlich in Washington sagen sollen: Wir haben nichts damit zu tun, wir wissen nichts. Und wir hätten uns nicht

beleidigt fühlen dürfen, wir hätten uns einfach distanzieren müssen. Letztendlich schweigen aber alle. Was sollen wir denken? Wir dachten, es sei eine einvernehmliche Position, dass wir erpresst werden. Sollten wir also schweigen und so tun, als ob wir nichts gehört hätten? Es gibt eine Reihe weiterer Erklärungen zu diesem Thema. Die Führung des Kiewer Regimes spricht ständig von ihren Bemühungen, Atomwaffen zu bekommen. [...] Abschließend noch ein Wort zur Frage des Einsatzes und Nicht-Einsatzes. Das einzige Land in der Welt, das Atomwaffen gegen einen Nicht-Atomstaat eingesetzt hat, sind die Vereinigten Staaten, und sie haben dies zweimal gegen Japan getan. Zu welchem Zweck? Es gab überhaupt keine militärische Zweckmäßigkeit, überhaupt keine. Was war der Zweck des Einsatzes von Atomwaffen gegen Hiroshima und Nagasaki, praktisch gegen Zivilisten? Gab es eine Bedrohung für die territoriale Integrität der Vereinigten Staaten? Die Souveränität? Nein, natürlich nicht. Es war auch militärisch nicht zweckmäßig – Japans Kriegsmaschinerie war kaputt, die Möglichkeit des Widerstands fast auf Null reduziert, warum also war es notwendig, Japan mit Atomwaffen zu vernichten? In japanischen Schulbüchern steht übrigens meist, dass es die Alliierten waren, die einen Atomangriff auf Japan gestartet haben. Japan hält daran so sehr fest, dass sie nicht einmal in Schulbüchern die Wahrheit schreiben können. Obwohl es scheint, dass sie diese Tragödie jedes Jahr erwähnen. Gut gemacht, Amerikaner, wir müssen uns nur in mancher Hinsicht ein Beispiel an ihnen nehmen. Einfach wunderbare Menschen. Aber sowas passiert, so ist das Leben. Die USA sind das einzige Land der Welt, das Atomwaffen eingesetzt hat, und zwar, weil es glaubte, dass dies in ihrem Interesse sei. Was Russland betrifft... Wir haben eine Militärdoktrin, die sollten Sie lesen. In dem entsprechenden Artikel dieser Militärdoktrin steht, in welchen Fällen, aus welchem Grund, in Verbindung mit was und wie Russland es für möglich hält, Massenvernichtungswaffen in Form von Atomwaffen einzusetzen, um seine Souveränität, seine territoriale Integrität zu verteidigen und die Sicherheit des russischen Volkes zu gewährleisten.« *Kremlin.ru: »Sasedanije Meschdunarodnogo diskussionnogo kluba Waldaj [Treffen des Valdai International Discussion Club]«* <http://kremlin.ru/events/president/news/69695>

Außenministerium der Russischen Föderation

02.11.2022

»Bei der Umsetzung seiner Politik der nuklearen Abschreckung lässt sich Russland strikt und konsequent von dem Postulat der Unzulässigkeit eines Atomkrieges leiten, bei dem es keine Gewinner geben kann und der niemals entfesselt werden darf. Die doktrinären Vorgaben Russlands in diesem Bereich sind sehr klar, haben rein defensiven Charakter und lassen keine expansiven Interpretationen zu. Eine Reaktion mit dem Einsatz von Nuklearwaffen ist für Russland hypothetisch nur als Antwort auf eine Aggression mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen oder eine Aggression mit dem Einsatz konventioneller Waffen erlaubt, wenn die Existenz des Staates bedroht ist.«

Außenministerium der Russischen Föderation: »Sajawlenije Rossiskoj Federazii o predotwraschtschenii jadernoj wojny [Erklärung der Russischen Föderation zur Verhinderung eines Atomkrieges]«

https://www.mid.ru/ru/foreign_policy/news/1836575/

Sergej Karaganow

(Rat für Außen- und Verteidigungspolitik, Ehrenvorsitzender des Präsidiums)

13.06.2023

»Die Schaffung von Atomwaffen war das Ergebnis einer göttlicher Einwirkung. Gott war entsetzt darüber, dass die Menschen, Europäer und die Japaner, die sich ihnen angeschlossen hatten, innerhalb einer Generation zwei Weltkriege entfesselt und dabei zig Millionen Leben geopfert hatten, und er überreichte der Menschheit eine Armagedon-Waffe. Diejenigen sollten daran erinnert werden, die die Angst vor der Hölle verloren hatten, dass es sie [eine solche Waffe, Anm. d. Red.] gab. Es war diese Angst, die im letzten Dreiviertel-Jahrhundert für relativen Frieden sorgte. Diese Angst ist jetzt verschwunden. Was jetzt passiert, ist im Einklang mit früheren Vorstellungen von nuklearer Abschreckung undenkbar: In einem Anfall verzweifelter Wut haben die herrschenden Kreise einer Gruppe von Ländern einen umfassenden Krieg an der Flanke einer nuklearen Supermacht entfesselt. Die Angst vor einer nuklearen Eskalation muss wiederhergestellt werden. Sonst ist die Menschheit dem Untergang geweiht. [...] Moralisch gesehen ist dies eine schreckliche Entscheidung, da wir Gottes Waffe [Atombombe, Anm. d. Red.] einsetzen und uns damit selbst zu schweren geistigen Verlusten verdammen. Aber wenn wir dies nicht tun, kann nicht nur Russland sterben, sondern höchstwahrscheinlich die gesamte menschliche Zivilisation wird aufhören zu existieren.«

Russia in Global Affairs: »A Difficult but Necessary Decision«

<https://eng.globalaffairs.ru/articles/a-difficult-but-necessary-decision/>

Russisches Original: »Primenenije jadernogo oruschija moshet uberetsch tscheloweststwo ot globalnoj katastrofy [Die Anwendung von Nuklearwaffen kann die Menschheit vor einer globalen Katastrophe bewahren]«

<https://profile.ru/politics/primenenie-yadernogo-oruzhiya-mozhet-uberech-chelovechestvo-ot-globalnoj-katastrofy-1338893>

Marija Sacharowa (Sprecherin, Außenministerium der Russischen Föderation)

13.06.2023

»Angesichts des totalen hybriden Krieges, den der Westen gegen Russland entfesselt hat, und der erklärten Absicht der USA und der NATO, uns eine »strategische Niederlage« zuzufügen, wäre es ein Beispiel für Leichtsinn und unangemessenes Selbstvertrauen, sich darauf zu verlassen, dass es in diesem Bereich keine weiteren militärisch-technischen Gegenmaßnahmen gibt. Die notwendigen Maßnahmen sind ergriffen worden. Wir behalten uns das Recht vor, weitere Schritte zu unternehmen, um die Sicherheit Russlands und seiner Verbündeten zu gewährleisten. Alle unsere Maßnahmen stehen in vollem Einklang mit dem Völkerrecht und stehen in keiner Weise im Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen Russlands.«

Außenministerium der Russischen Föderation: »Kommentarij ofizialnogo predstavitelja MID Rossii M.W. Sacharowoj w swjazi s dejatelnostju USA w oblasti jadernich woorushenij [Kommentar der Sprecherin des russischen Außenministeriums M.W. Sacharowa zu den US-Atomwaffenpolitik]«

https://mid.ru/ru/foreign_policy/news/1887273/

Sergej Poletajew (Watfor)

14.06.2023

»Unsere wichtigste Errungenschaft seit Beginn der »militärischen Spezialoperation« ist, dass der größte Teil der Welt anerkannt hat, dass wir Recht haben: entweder ausdrücklich, wie China, oder stillschweigend, weil es ihnen im Allgemeinen egal ist. [...] Es gibt keinen Grund, diese Errungenschaft durch einen Atomkrieg zu gefährden, zumal wir in einem konventionellen Konflikt bisher recht gut zurechtkommen. Dennoch sollten taktische Atomwaffen für den Fall eines konventionellen NATO-Angriffs auf das Kaliningrader Gebiet, Belarus usw. bereitgehalten werden, und man sollte nicht zögern, sie dort einzusetzen.«

WATFOR

<https://t.me/vatfor/8643>

Elena Panina (Russtrat, ehemalige Dumaabgeordnete)

15.06.2023

»Sergej Karaganows Artikel, dass Russlands präventiver Einsatz von Atomwaffen dazu dienen soll, endlich »rote Linien« zu ziehen, damit der Westen Angst bekommt und sich zurückzieht, wirkt wie eine äußerst seltsame Diskursintervention mit provokanten Untertönen. Ein Atomkrieg als Mittel gegen die globale Katastrophe ist so hilfreich wie eine Guillotine gegen Kopfschmerzen. Es geht um einen Atomkrieg, auch wenn der Begriff in Karaganows Artikel durch die verschwommene Formel »Einsatz von Atomwaffen« ersetzt wird. Gibt es eine Grenze, bis zu der der »Einsatz von Atomwaffen« kein Atomkrieg ist, und ab der er einer ist? [...] Ist es nicht klar, dass der erste Einsatz von Atomwaffen sofort einen Vergeltungsschlag mit viel größerer Wucht auslösen wird? Atomwaffen sind die »Ultima Ratio Regum«. Wenn alle Mittel erschöpft, alle Ressourcen aufgebraucht und die Niederlage unausweichlich ist. Und dann werden Atomwaffen nicht mehr eingesetzt, um den Feind schachmatt zu setzen, sondern um den Spieß umzudrehen und den ganzen Raum in die Luft zu jagen. Sie lassen den Feind nicht gewinnen, indem sie ihn zusammen mit dem Planeten Erde vernichten. Als Nächstes heißt es dann: »Wir kommen in den Himmel, und sie werden einfach verrecken« [Putin-Zitat vom Waldaj-Forum 2018, Anm. d. Red.]. [...] Man hat den Eindruck, dass Herr Karaganow glaubt, der Westen könne durch den örtlich begrenzten und präventiven »Einsatz von Atomwaffen« gestoppt werden. Eine Abschätzung der Folgen wird jedoch nicht vorgelegt. Und es geht nicht nur um die militärische, sondern auch um die geopolitische Komponente. Alle, die heute neutral sind oder mit Russland sympathisieren, werden sich abwenden. Der Westen befürwortet ein solches Verhalten Russlands sehr. Warum also schlägt der Autor vor, das zu tun, was für den Westen von Vorteil ist? Russland antwortet auf den Krieg, der gegen das Land entfesselt wurde, mit konventionellen Waffen, und es [Russland, Anm. d. Red.] muss mit eben diesen Mitteln gewinnen. Diese sind keineswegs erschöpft, sie sind nicht einmal wirklich im Einsatz. Die Zahl der russischen Truppen an der Front ist nicht erhöht worden, was notwendig und möglich wäre, und zwar nicht nur durch Mobilmachung allein. Die fünfte Kolonne an der Macht und in deren Dunstkreis ist nicht beseitigt worden. Können diese Dinge durch den Einsatz von Atomwaffen zur Aufrüttelung des Westens kompensiert werden? Sieht das nicht aus wie ein Bluff, gepaart mit Wahnsinn?«

Elena Panina: »Statja Karaganowa – jajtschko ko Christowo dnju dlja Sapada [Der Artikel von Karaganow ist ein gefundenes Fressen für den Westen]«

<https://russtrat.ru/analytics/15-iyun-2023-1324-12078>

Rose Gottemoeller

(Steven C. Hazy Lecturer, Center for International Security and Cooperation, Stanford University; Research Fellow an der Hoover Institution)

15.06.2023

»Als Erstes sollten wir klarstellen, dass eine strategische Niederlage Russlands nicht dessen Zerstückelung bedeutet, sondern den Rückzug aus der Ukraine, die Bereitschaft, für die Invasion und die verursachten Gräueltaten zu sühnen, und die Bereitschaft, die massiven Kriegszerstörungen zu entschädigen. Unter diesen Umständen können wir mit Russland zusammenarbeiten, um seine Interessen zu fördern, wie die Sicherung seiner Grenzen und die Gewährleistung, dass seine Bürger:innen in Frieden und Wohlstand in einer stabilen Nachbarschaft leben. Um diese Botschaft zu untermauern, müssen wir bestimmte Schlüsselprinzipien der Entspannung nach dem Kalten Krieg wiederherstellen. Eines davon ist, dass sich einsatzbereite Streitkräfte nicht in Grenznähe aufhalten sollten, ohne die Nachbarn über den Grund dafür zu informieren. [...] Wir müssen auch hart daran arbeiten, die nukleare Zusammenarbeit wiederherzustellen. [...] Schließlich müssen wir herausfinden, wie wir mit Russland zusammenarbeiten können. [...] Viele Jahre lang haben wir eng mit talentierten Diplomaten:innen, Verteidigungsbeamten:innen, Wirtschaftswissenschaftler:innen und Nuklearexperten:innen zusammengearbeitet, die die russische Außen- und Sicherheitspolitik auf der Weltbühne beförderten. Es obliegt uns zu planen, wie wir zu gegebener Zeit wieder mit ihnen in Kontakt treten können. [...] Der Schlüssel liegt darin, jetzt darüber nachzudenken, was wir von Moskau nach seiner Niederlage in der Ukraine verlangen werden und wie wir unsere eigene Sicherheit in Zukunft gewährleisten können. Auch wenn Russlands Interessen nicht auf Kosten anderer Länder gehen dürfen, können wir anerkennen, dass sie berechtigt sind. Wenn wir das deutlich machen, kann das helfen, das atomare Fieber zu stoppen: Es ist für alle von Vorteil, wenn wir das tun.«

Financial Times: »The west must act now to break Russia's nuclear fever«

<https://www.ft.com/content/91c51eb9-65df-44f0-977d-db922c3e97e9>

Wladimir Putin

16.06.2023

»Der Einsatz von Atomwaffen ist sicherlich theoretisch möglich. Für Russland ist er möglich, wenn unsere territoriale Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität sowie die Existenz des russischen Staates bedroht sind. Atomwaffen werden geschaffen, um unsere Sicherheit im weitesten Sinne des Wortes und die Existenz des russischen Staates zu gewährleisten. Aber erstens besteht für uns keine Notwendigkeit, und zweitens verringert allein schon der Umstand, dass wir über dieses Thema nachdenken, die Möglichkeit, die Schwelle für den Einsatz von Waffen zu senken. Das ist der erste Teil. Der zweite Teil ist, dass wir mehr solcher Waffen haben als die NATO-Länder. Sie wissen das, und sie drängen uns immer wieder, Verhandlungen über eine Reduzierung aufzunehmen. Das können sie sich aber abschminken, verstehen Sie? Wenn wir es volksnah sagen wollen. (*Gelächter.*) Denn, um es in wirtschaftlichen Begriffen auszudrücken, es ist unser Wettbewerbsvorteil. Wie Sie wissen, haben wir mit unserem Verbündeten – Präsident Lukaschenko – darüber verhandelt, dass wir einen Teil dieser taktischen Atomwaffen auf das Territorium von Belarus verlagern werden. Dies ist geschehen. Die ersten Nuklearladungen wurden auf das Territorium von Belarus geliefert, aber nur die ersten. Das ist der erste Teil. Aber bis zum Ende des Sommers, bis zum Ende des Jahres, werden wir diese Arbeit in vollem Umfang abschließen. Es ist eben ein Element der Abschreckung, so dass alle, die daran denken, uns eine strategische Niederlage beifügen zu wollen, diese Tatsache nicht vergessen.« [...]

»Ich habe bereits gesagt, dass der Einsatz extremer Mittel möglich ist, wenn eine Bedrohung der russischen Staatlichkeit vorliegt. Und in diesem Fall werden wir natürlich alle Kräfte und Mittel einsetzen, die dem russischen Staat zur Verfügung stehen, daran gibt es keinen Zweifel. Aber lassen Sie mich daran erinnern, dass das einzige Land in der Welt, das Atomwaffen gegen einen nicht-nuklearen Staat eingesetzt hat, die Vereinigten Staaten sind, die zweimal die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki angegriffen haben. Sie waren der Meinung, dass sie das Recht dazu hatten. Ein solcher Präzedenzfall wurde von den Vereinigten Staaten geschaffen.«

Kremlin.ru: »Plenarnoje sasedanije Peterburgskogo meschdunarodnogo ekonomitscheskogo foruma [Plenarsitzung des Internationalen Wirtschaftsforums St. Petersburg]«

<http://www.kremlin.ru/events/president/news/71445>

Ilja Fabritschnikow

(Rat für Außen- und Verteidigungspolitik)

16.06.2023

»Wenn wir in der Praxis von einem präventiven Atomschlag zur Selbstverteidigung [...] sprechen, werden wir anfangen, nach den uns auferlegten Regeln zu spielen, ob wir wollen oder nicht, anstatt konsequent pragmatische militä-

risch-politische Schritte zu unternehmen, welche die Mängel dieser Regeln aufzuzeigen und sie in Zukunft gemeinsam mit anderen verantwortungsbewussten Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft vollständig abzubauen. Wir dürfen nicht darüber nachdenken, wie wir Polen in eine nukleare Wüste verwandeln können (d. h. einem unvernünftigen Kind buchstäblich den Kopf abschlagen, weil es bei Ihnen ein Fenster einbricht), sondern darüber, wie wir eine Weltordnung aufbauen können, in der der Gedanke, militärische Gewalt und militärisch-politischen Druck zur Durchsetzung einer ›regelbasierten Ordnung‹ einzusetzen, unmöglich wird und weltweit verurteilt wird.«

Russia in Global Affairs: »Demonstrative Restraint as a Recipe against Unnecessary Decisions«

<https://eng.globalaffairs.ru/articles/demonstrative-restraint/>

Alexej Arbatow

(Leiter des Zentrums für Internationale Sicherheit, Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Russische Akademie der Wissenschaften (IMEMO RAN))

19.06.2023

»Ich schließe nicht aus, dass es Menschen gibt, die einen solchen Standpunkt vertreten [die sich für einen Nuklearschlag einsetzen, Anm. d. Red.]. Aber alle unsere offiziellen Aussagen und Konzepte zur Außen- und Militärpolitik stehen im krassen Gegensatz dazu. Man kann sich an die Unterschrift Russlands unter der Erklärung der ›Großen Fünf‹ der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates im Januar 2022 erinnern, dass ›es in einem Atomkrieg keine Gewinner geben kann und er niemals geführt werden sollte. Übrigens waren es Moskau und Washington, die diese sakramentale Maxime 1986 formulierten, und sie hat in unserer Zeit zweifellos noch mehr an Aktualität gewonnen.«

Nowaja Gazeta: »Upreshdajuschtschij udar wosmesdija [Ein Präventivschlag der Vergeltung]«

<https://novayagazeta.ru/articles/2023/06/19/uprezhdaiushchii-udar-vozmezdiia>

Dmitrij Trenin

(Forschungsprofessor an der Fakultät für Weltwirtschaft und globale Politik der »Higher School of Economics«, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für internationale Sicherheit, Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Russische Akademie der Wissenschaften (IMEMO RAN))

20.06.2023

»Was russische Atomangriffe gegen NATO-Staaten betrifft: Hypothetisch würde Washington auf diese Angriffe höchstwahrscheinlich nicht mit einem eigenen Atomschlag gegen Russland reagieren, aus Angst vor russischen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Vereinigten Staaten. [...] Ja, wahrscheinlich wird es nicht sofort zu einem Atomschlag der USA gegen Russland kommen. Es ist unwahrscheinlich, dass die Amerikaner Boston wegen Posen opfern würden, so wie sie während des Kalten Krieges nicht vorhatten, Chicago wegen Hamburg zu opfern. Es ist aber auch wahrscheinlich, dass es eine Reaktion der Vereinigten Staaten geben wird. Diese nicht-nukleare Reaktion – welche, da wollen wir nicht spekulieren – dürfte für uns heikel und schmerzhaft sein.«

Russia in Global Affairs: »Ukrainskij konflikt i jadernoje oruzhije [Ukraine-Konflikt und Atomwaffen]«

<https://globalaffairs.ru/articles/ukraina-yadernoe-oruzhie/>

Sergej Rjabkow

(Stellvertretender Außenminister der Russischen Föderation)

20.06.2023

»Der Bereich der Rüstungskontrolle befindet sich eindeutig in einer beispiellos tiefen, im Wesentlichen systemischen Krise. Dies hängt eng mit der allgemeinen Verschlechterung im Bereich der internationalen Sicherheit und strategischen Stabilität zusammen. Diese Krise ist nicht erst vor Kurzem entstanden, sondern schwelt schon seit langem. Der Hauptgrund dafür war, dass die USA und der Westen unter ihrer Führung irgendwann eine Politik der aktiven Gewaltanwendung und des direkten Einsatzes von Gewalt in einem erfolglosen Versuch betrieben hatten, ihre globale Position zu stärken und ihre objektive Schwächung aufzuhalten. Dafür wurde alles abgebaut, was die Freiheit Washingtons bei der Wahl der Zwangsmittel gegen diejenigen einschränkte, die sich nicht dem Diktat des Westens unterwerfen wollten. All dies geschah unter Bedingungen völliger Missachtung des Prinzips der unteilbaren Sicherheit und völliger Gleichgültigkeit gegenüber den grundlegenden Sicherheitsinteressen anderer Staaten. [...] Infolgedessen verschärfen sich die angesammelten Probleme und Widersprüche nur noch weiter, das Chaos in strategischen Angelegenheiten wächst, die Risiken vervielfachen sich und sind mit der Entwicklung von Ereignissen nach dem schlimmsten Szenario behaftet. Die akuteste strategische Bedrohung stellt derzeit die Linie des Westens dar, den Konflikt mit Russland am Rande eines direkten militärischen Zusammenstoßes der Atommächte immer weiter zu verschärfen. Offensicht-

lich kann dies schwerwiegende bis katastrophale Folgen haben. Wir senden immer wieder ernüchternde Signale an die westlichen Hauptstädte, aber sie werden ignoriert oder grob verzerrt und als »unverantwortliche Nuklearrhetorik« dargestellt. [...] Daher ist der aktuelle Lauf der Dinge düster und die Zukunft im Nebel. Allerdings kennt der historische Prozess seine Höhen und Tiefen. Was die russische Diplomatie betrifft, welche im Bereich der internationalen Sicherheit tätig ist, werden wir unermüdlich daran arbeiten, dass das außenpolitische Barometer von einer Sturmwarnung zu einem klaren Himmel wechselt.«

PIR-Center: »Rede des stellvertretenden Außenministers Russlands, Sergej Rjabkow, vor der XXII. PIR Center International School zu globalen Sicherheitsfragen«

<https://pircenter.org/news/vystuplenie-zamestitelja-ministra-inostrannyh-del-rossii-sergeja-rjabkova-na-xxii-mezhdunarodnoj-shkole-pir-centra-po-problemam-globalnoj-bezopasnosti/>

Iwan Timofejew

(Geschäftsführender Direktor, Russischer Rat für Internationale Angelegenheiten (RIAC); Associate Professor, MGIMO; Programmdirektor, Waldaj-Club)

20.06.2023

»Trotz seiner scheinbaren Logik wäre die Umsetzung dieses Ansatzes [des Atomschlages, Anm. d. Red.] äußerst gefährlich. Er unterschätzt die Entschlossenheit der westlichen Eliten, weitere Stufen auf der Eskalationsleiter mit Russland zu erklimmen, und wenn nötig, einen Schritt voraus zu sein. Er überschätzt auch die Möglichkeit, dass ein russischer Atomschlag von China und anderen Ländern der globalen Mehrheit – wenn auch schmerzhaft – akzeptiert werden könnte. Er überschätzt den Wunsch der globalen Mehrheit, das »westliche Joch« abzuschütteln und er übersieht die möglicherweise katastrophalen Folgen für Russland selbst.«

Russia in Global Affairs: »A Preemptive Nuclear Strike? No!«

<https://eng.globalaffairs.ru/articles/a-preemptive-nuclear-strike-no/>

Elena Tschernjenko

(Außenpolitische Korrespondentin, Kommersant)

20.06.2023

»Es ist anzumerken, dass eine Reihe russischer Experten die Position des Ehrenvorsitzenden des Präsidiums des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik (SWOP) unterstützte oder teilweise unterstützte, während andere die Zweckmäßigkeit des Einsatzes taktischer Atomwaffen im Konflikt um die Ukraine kritisch sahen. Ein Artikel der drei Experten Alexej Arbatow, Konstantin Bogdanow und Dmitrij Stefanowitsch (IMEMO RAN) über die Risiken, die der Einsatz von Atomwaffen mit sich bringen würde, ist in dieser Ausgabe [des Kommersant, Anm. d. Red.] zu lesen.«

Kommersant.ru: »Jadernoje sodruschije [Nukleargemeinschaft]«

<https://www.kommersant.ru/doc/6055357>

Alexej Arbatow, Konstantin Bogdanow, Dmitrij Stefanowitsch

(Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Russische Akademie der Wissenschaften (IMEMO RAN))

21.06.2023

»Die Vorstellung, dass der Einsatz von Atomwaffen die Eskalation stoppen und strategische Probleme lösen kann, die mit konventionellen Streitkräften nicht gelöst werden könnten, ist höchst zweifelhaft und höchstwahrscheinlich falsch. Die jüngste Geschichte hat viele Beispiele dafür geliefert, wie begonnene Militäroperationen zu unvorhergesehenen Folgen führten, allerdings ohne den Einsatz von Atomwaffen. Ein Atomschlag würde den Konflikt auf eine grundsätzlich andere Ebene der Unvorhersehbarkeit heben und die Risiken der Konfrontation vervielfachen. Das 78 Jahre alte »atomare Tabu« würde gebrochen, und dies würde einen politischen und psychologischen Schock von globalem Ausmaß auslösen, der live im Fernsehen und im Internet in die ganze Welt übertragen würde. Die Reaktion wird unermesslich größer und heftiger sein als die von Hiroshima.

[...]

Kaum jemand hätte sich damals, und noch weniger noch erst vor ein paar Jahren, vorstellen können, dass solche Vorstellungen vom Endsieg über den Westen mittels eines Atomkriegs heutzutage wieder aufleben würden. In der Zwischenzeit ruft der Autor [Sergej Karaganow, Anm. d. Red.] in dem oben genannten Artikel nach dem Prinzip des Déjà-vu erneut dazu auf, »über alle Qualen und Traumata hinweg« in die Zukunft zu gehen, die er als »hell – multipolar, multikulturell, vielfarbig, allen Ländern und Völkern die Möglichkeit gebend, ihr eigenes und gemeinsames Schicksal zu gestalten« sieht. Nicht umsonst sagt man, dass das Neue das Alte ist, das man vergessen hat. Radioak-

tive Ruinen, zu denen ein Spiel mit dem ›nuklearen Roulette‹ führen kann, sind die schlechteste Grundlage für eine leuchtende Zukunft. Das sollten sich Liebhaber von sensationellen Ideen und gefährlichen Glücksspielen merken.«

Kommersant.ru: »Jadernaja wojna – plochoje sredstwo reschenija problem [Ein Atomkrieg ist eine schlechte Lösung für Probleme]«

<https://www.kommersant.ru/doc/6055340>

Fjodor Lukjanow (Chefredakteur der Zeitschrift *Russia in Global Affairs*, Vorstand des Präsidiums des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, Wissenschaftlicher Direktor des Waldaj-Clubs, Forschungsprofessor an der »Higher School of Economics«)

21.06.2023

»Der Einsatz von Atomwaffen bedeutet das Ende des Spiels und negiert faktisch ihre besondere Rolle, indem er sie einfach zu einem sehr mächtigen Mittel der Zerstörung macht. Und der Wettbewerb um die Mittel zur Vernichtung ist ein ›normaler‹ Krieg, nur in diesem Fall von zyklischem Ausmaß. Es wird zwar keine gegenseitige garantierte Zerstörung geben, aber der umfassende Schaden wird so groß sein, dass sich die beteiligten Länder und die Welt als Ganzes dramatisch und auf schreckliche Weise verändern werden. [...] Das Tabu, Atomwaffen nicht einzusetzen, wird zweifellos geschwächt. Man muss sich auf alles vorbereiten. Und rationales Verhalten bedeutet hier nicht, das Tabu präventiv vollständig zu brechen, sondern zu versuchen, es zumindest als eine Art Begrenzung aufrechtzuerhalten. Das bedeutet nicht, dass das Thema selbst nicht berührt werden darf, ganz im Gegenteil. Heuchlerisch vor dem bloßen Gedanken an einen Einsatz zurückzuschrecken, ist ein Vogelstrauß-Ansatz. In diesem Sinne ist Sergej Karaganow für die direkte Darlegung dieser Sichtweise zu danken. Die Debatte [dieser Sichtweise, Anm. d. Red.] sollte Teil der Entwicklung eines neuen Verständnisses von strategischer Stabilität sein, um jene zu ersetzen, die nicht mehr wiederhergestellt werden kann.«

Russia in Global Affairs: »Potschemu u nas ne polutschitsja ›otreswit sapad‹ s pomoschtschju jadernoj bomby [Warum wir mit einer Atombombe den Westen nicht zur Vernunft bringen können]«

<https://globalaffairs.ru/articles/otrezvit-zapad/>

Andrej Frolow

(Nationale Forschungsuniversität »Higher School of Economics«)

23.06.2023

»In Anbetracht der obigen Ausführungen lohnt es sich, über taktische Atomwaffen als solche nachzudenken. Während das Vorhandensein spezieller Sprengköpfe auf Flugabwehrkraketen, Torpedos und Wasserbomben logisch und effektiv ist, werfen nukleare Sprengköpfe für Bodentruppen viele Fragen auf. Diese umstrittene These basiert auf Gesprächen des Autors mit dem ehemaligen US-Verteidigungsminister Robert McNamara Anfang der 2000er Jahre, der russischen Experten deutlich erklärte, dass auf der anderen Seite des Atlantiks niemand den Einsatz taktischer Atomwaffen gegen sowjetische Panzerkolonnen in Deutschland im Rahmen einer so genannten ›Eskalation‹ vorgesehen hätte. Der Plan war, die Entscheidungszentren der UdSSR direkt mit strategischen Waffen zu treffen. Das heißt, die praktisch denkenden Amerikaner waren sich sehr wohl bewusst, dass selbst eine limitierte Anwendung immer noch zum Einsatz strategischer Atomwaffen führen würde. Und vor diesem Hintergrund ist ein Angriff auf ein ›fiktives Posen‹ wirklich nicht sehr effektiv, ebenso wenig wie die Beschaffung taktischer Atomwaffen als eine der Eskalationsstufen. [...] Daher kann man Sergej Alexandrowitsch [Karaganow, Anm. d. Red.] nur zustimmen, dass der Konflikt zwischen Russland und dem Westen sehr weit fortgeschritten ist und mehr denn je auf dem Spiel steht. Das Szenario des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen ist nicht mehr nur eine theoretische Möglichkeit, sondern entfaltet sich zusehends in der Realität. Wir haben den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien gesehen, jetzt können wir offenbar auch den Einsatz von radiologischen Sprengsätzen und biologischen Waffen nicht mehr ausschließen. Die übliche lineare Eskalationsleiter funktioniert aufgrund der Verdichtung des Bedrohungsumfelds offensichtlich nicht mehr. Stattdessen drängt sich das Bild einer Treppe auf, deren Schöpfer Salvador Dali sein könnte. Auf dieser ›Dali-Treppe‹ ist der Übergang von einer Stufe zur nächsten – ganze fünf Stufenabsätze nach oben – schnell und unmerklich. Und unter diesen Umständen kann man nur auf die Vernunft und das Bewusstsein für die derzeitige Lage bei all jenen hoffen, die am Drücker der Nuklearköpfe sitzen.«

Russia in Global Affairs: »Lestniza jadernoj eskalazii w ispolnenii Salvadora Dali [Die nukleare Eskalation nach Salvador Dali]«

<https://globalaffairs.ru/articles/lestnicza-salvadora-dali/>

US State Department

23.06.2023

Erklärung zum Expertentreffen der Kernwaffenstaaten auf Arbeitsebene über strategische Risikominderung und Doktrinen

US Department of State: »Statement on Nuclear Weapon State Working-Level Experts Meeting On Strategic Risk Reduction and Doctrines«

<https://www.state.gov/statement-on-nuclear-weapon-state-working-level-experts-meeting-on-strategic-risk-reduction-and-doctrines/>

Dmitrij Medwedjew

(Stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrats der Russischen Föderation)

24.06.2023

»Die Entwicklung der Ereignisse zeigt, dass die Handlungen derjenigen, die den Militärputsch [gemeint ist der Prigozhin-Aufstand, Anm. d. Red.] organisiert haben, voll und ganz mit einem gut durchdachten und inszenierten Staatsstreich übereinstimmen«, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrats Dmitrij Medwedjew. [...] »Wir verstehen die Folgen eines Staatsstreichs in der größten Atommacht.«

»Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurde das größte Atomwaffenarsenal von Schurken geführt. Eine solche Krise würde sich natürlich nicht auf ein einzelnes Land beschränken. Die Welt würde an den Rand der Zerstörung gebracht werden. Wir werden nicht zulassen, dass es zu einem solchen Szenario kommt. Egal, wie sehr verrückte Kriminelle und ihre Bewunderer sich das wünschen«, sagte er.«

RIA Nowosti: »Medwedjew prokommentirawal popytku worushennogo mjatesha [Medwedew äußerte sich zu dem Versuch eines bewaffneten Aufstandes]«

<https://ria.ru/20230624/myatezh-1880224736.html>

Anthony J. Blinken (Außenminister der USA)

25.06.2023

Frage: »Herr Minister Blinken, Russland verfügt über fast 6.000 Atomwaffen, das größte Arsenal der Welt. Die Situation hat gezeigt, dass diese Atommacht mit einer großen Instabilität konfrontiert ist. Sind Sie zuversichtlich, dass die Atomwaffen sicher sind? Und ganz allgemein, wie besorgt sind Sie über die derzeitige Instabilität Russlands?«

Minister Blinken: »Jedes Mal, wenn ein großes Land wie Russland Anzeichen von Instabilität aufweist, ist das ein Grund zur Besorgnis und etwas, auf das wir uns natürlich sehr konzentrieren. Was ihre Nuklearwaffen angeht, haben wir keine Veränderung in Russlands Einstellung gesehen und wir haben unsere eigene Haltung nicht verändert, aber es ist etwas, das wir natürlich sehr, sehr sorgfältig beobachten.«

US Department of State: »Secretary Antony J. Blinken With Dana Bash of CNN State of the Union«

<https://www.state.gov/secretary-antony-j-blinken-with-dana-bash-of-cnn-state-of-the-union-3/>

Sergej Karaganow

(Rat für Außen- und Verteidigungspolitik, Ehrenvorsitzender des Präsidiums)

25.06.2023

»Ich würde gerne glauben, dass unsere Gegner zur Besinnung kommen. Denn wenn nicht, dann steht die militärisch-politische Führung Russlands vor einer schrecklichen moralischen Wahl und muss eine schwierige Entscheidung treffen. Aber ich glaube, dass unser Präsident irgendwann seine Entschlossenheit zum Ausdruck bringen muss, Atomwaffen einzusetzen.«

RIA Nowosti: »Wybora ne ostajotsja: Rossii pridjotsja nanesti jadernyj udar po Jewrope [Es gibt keine Wahl: Russland muss einen Atomschlag gegen Europa starten]«

<https://ria.ru/20230625/yao-1880235742.html>

Dmitrij Trenin

(Forschungsprofessor an der Fakultät für Weltwirtschaft und globale Politik der »Higher School of Economics«, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für internationale Sicherheit, Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Russische Akademie der Wissenschaften (IMEMO RAN))

26.06.2023

»Ich glaube, dass verbale Interventionen des Präsidenten und der Mitglieder der Regierung allein wahrscheinlich nicht ausreichen. Die Amerikaner haben auf die Stationierung unserer Nuklearwaffen auf dem Territorium von Belarus

recht gelassen reagiert. Für mich ist klar, dass die vor Beginn des Ukraine-Konflikts formulierten doktrinären Bestimmungen [Russlands, Anm. d. Red.] zum Einsatz von Atomwaffen überdacht und möglicherweise angepasst werden müssen. Denn es besteht die Gefahr, dass wir ständig auf die Probe gestellt werden, dass man uns mit verschiedenen Luftangriffen gegen die Krim und andere Regionen Russlands, mit Angriffen auf Moskau provoziert, ohne von uns eine ernsthafte Reaktion zu erwarten. Und je mehr diese Dynamik an Fahrt gewinnt, desto gefährlicher wird die Situation werden. [...] Was helfen kann, ist ein ernsthaftes, professionelles Gespräch über die Tatsache, dass die Aufgabe, eine nukleare Supermacht in ihrer sensibelsten Region, die in diesem Fall die Ukraine ist, strategisch zu treffen, zu einem Atomkrieg führen kann. Dass keine Atommacht dazu bereit ist, sich von einer anderen Atommacht strategisch besiegen zu lassen, ohne zumindest mit dem Einsatz von Atomwaffen zu drohen. Und das liegt nicht am Willen der Menschen, auch nicht an den Entscheidungsträgern. Und genau hier spielen unsere Gegner ein sehr gefährliches Spiel. Meines Erachtens ist hier das Bild des nuklearen Roulettes angebracht, das Bild einer Revolvertrommel mit einer atomaren Kugel, die ständig gedreht und der Hahn ständig ge- und entspannt wird. Das ist das Bild, das unsere Gegner zu einer realistischeren Wahrnehmung der Realität zurückbringen sollte.«

RIA Nowosti: »SSchA igrajut w jadernuju russkiju ruletku – i doigrajutsja [Die USA spielen atomares russisches Roulette – und die Folgen werden sie schon noch zu spüren bekommen]«

<https://ria.ru/20230626/ruletko-1880366981.html>

John Kirby

(Koordinator für Strategische Kommunikation des Nationalen Sicherheitsrats der USA)

26.06.2023

Frage: »Sind die USA zuversichtlich, dass die Russen im Falle einer nuklearen oder anderen echten Krise reagieren würden, so wie sie sich an diesem Wochenende (gemeint ist der Prigoshin-Aufstand, Anm. d. Red.) verhalten haben?«

John Kirby: »Ich möchte Ihnen nur sagen, Ed – und das war in den letzten 16 Monaten der Fall; ich meine, Russland ist eine Atommacht – dass wir die strategische Haltung Russlands und seine nuklearen Fähigkeiten so gut wie möglich überwacht haben. Das setzen wir fort. Und wir haben keine Anzeichen dafür gesehen, abgesehen von der stürmischen Rhetorik, haben wir keine Anzeichen dafür gesehen, dass es irgendeine Absicht gibt, Atomwaffen in der Ukraine einzusetzen. Und ich kann Ihnen auch versichern, dass wir nichts getan haben, wir haben nichts gesehen, was uns dazu zwingen würde, unsere eigene strategische Abschreckungshaltung zu ändern.«

Frage: »Aber wenn man bedenkt, wie die Interaktionen am Wochenende verlaufen sind, sind Sie zuversichtlich, dass sie in Echtzeit reagieren würden, wenn es eine andere Art von Krise gäbe?«

John Kirby: »Wir hatten, wir hatten gute, direkte Kommunikation mit den Russen im Laufe des Wochenendes. Wir gehen davon aus, dass dies auch in Zukunft so sein wird.«

The White House: »Press Briefing by Press Secretary Karine Jean-Pierre and NSC Coordinator for Strategic Communications John Kirby«

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/press-briefings/2023/06/26/press-briefing-by-press-secretary-karine-jean-pierre-and-nsc-coordinator-for-strategic-communications-john-kirby-17/>

Russian Field

(Repräsentative Umfrage)

29.06.2023

»Drei Viertel der Befragten (74 Prozent) halten den Einsatz von Atomwaffen für inakzeptabel, wenn dieser ‚für den Sieg bei der Militäroperation in der Ukraine notwendig werden würde‘ [Formulierung der Frage im Original, Anm. d. Red.]. Der Einsatz von Atomwaffen während der ‚Militäroperation‘ in der Ukraine wird von 16 Prozent der Befragten für akzeptabel gehalten, während 5 Prozent der Meinung sind, dass ein solcher Schritt nur dann akzeptabel ist, wenn eine Niederlage droht. Männer halten Atomschläge etwas häufiger für akzeptabel: 20 Prozent im Vergleich zu 12 Prozent bei den Frauen. Die ärmsten und reichsten Befragten halten den Einsatz von Atomwaffen häufiger für akzeptabel (etwa 20 Prozent). Befragte mit Hochschulabschluss (ohne die kleine Gruppe derer, die einen wissenschaftlichen Abschluss wie Promotion oder höher haben) stimmen solchen Entscheidungen seltener zu als Befragte mit Sekundarbildung oder Fachhochschulabschluss. Befragte, die wegen der ‚Militäroperation‘ um ihre Sicherheit besorgt waren, hielten den Einsatz von Atomwaffen für weniger akzeptabel. Nutzer:innen von Internetmedien unterscheiden sich in ähnlicher Weise von Fernsehzuschauer:innen und Abonnent:innen von Telegram-Kanälen.«

Russianfield.com: »Spezialnaja wojennaja operazija w Ukraine: otnoschenije rossijan. 12 wolna (16-19 ijunja 2023) [Militärische Spezialoperation in der Ukraine: Die Einstellung der Russen. Welle 12 (16. – 19. Juni 2023)]« [siehe auch Umfragen S. 26–29]

<https://russianfield.com/12volna>

Dmitrij Medwedew (Stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrats der Russischen Föderation)

02.07.2023

»Es darf prinzipiell kein Anti-Russland mehr geben, sonst wird alles früher oder später sehr schlimm enden. Das Kiewer Nazi-Regime muss ausgelöscht werden. Und hier möchte ich etwas anmerken, was Politiker aller Couleur nicht gerne zugeben: Eine solche Apokalypse ist nicht nur möglich, sondern auch sehr wahrscheinlich. Und warum? Dafür gibt es mindestens zwei Gründe. Die Welt befindet sich in einer Konfrontation, die weitaus schlimmer ist als die der Kubakrise, denn unsere Gegner haben beschlossen, die größte Atommacht, Russland, tatsächlich zu besiegen. Sie sind zweifelsohne Vollidioten, aber so ist es nun einmal. Und der zweite Grund ist ganz prosaisch: Atomwaffen wurden bereits eingesetzt, von wem und wo ist bekannt [gemeint sind die USA in Hiroshima und Nagasaki, Anm. d. Red.], *es gibt also kein Tabu!*«

Rossiskaja Gazeta: »Epocha protivostojanija [Das Zeitalter der Konfrontation]«

<https://rg.ru/2023/07/02/epoha-protivostojaniia.html>

Mikhail Troitsky (Professor of Practice. University of Wisconsin-Madison Center for Russia, East Europe, and Central Asia)

03.07.2023

»Würde Russland versuchen, an der Schwelle zum Atomkrieg aktiv zu werden, wäre die daraus resultierende soziale Dynamik um ein Vielfaches ausgeprägter als während des Wagner-Aufstandes. Sollte Russland einen Atomschlag auf eines der europäischen NATO-Mitglieder ausführen (wie von Sergej Karaganow, dem Vorsitzenden des russischen Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, vorgeschlagen), könnte das Bündnis mit Schlägen auf Russlands eigene dicht besiedelte Gebiete antworten. Da die russische Bevölkerung dies sehr gut versteht, würden Gerüchte über einen solchen bevorstehenden Atomschlag unweigerlich zu einer Panik in der russischen Gesellschaft führen, mit zerstörerischen Folgen für Russlands größere Städte. [...] Es ist zweifelhaft, dass große Teile der russischen Gesellschaft das ›Überleben des Staates‹ (in der Lesart Moskaus) über ihr eigenes physisches Überleben stellen würden. Es ist auch unwahrscheinlich, dass sie eine unmittelbare Bedrohung für ihr eigenes Leben entweder in den Kampf Bemühungen der Ukraine oder in ihrer Existenz als Staat sehen. Die russischen Bürger, selbst diejenigen, die die so genannte ›militärische Spezialoperation‹ (der vom Kreml vorgegebene Euphemismus für die groß angelegte Invasion) unterstützen, sind nicht auf die unmittelbare Gefahr des Todes durch einen Atomkrieg oder eine andere Art von nuklearer Katastrophe vorbereitet. Ihre Unterstützung für die militärischen Heldentaten ihrer Regierung, so wie sie auch sein mag, entspringt dem Gefühl, dass deren Umfang begrenzt ist und keine Gefahr für sie selbst darstellt. [...] Selbst wenn es der Propaganda gelingen sollte, einen Atomschlag zu rechtfertigen, wäre ein Massenexodus der Menschen aus den größeren Städten Russlands praktisch eine garantierte Reaktion auf solche Pläne, ebenso wie die Weigerung der Eliten und der Bürokratie, den Kreml weiter zu unterstützen.«

Meduza: »The death of nuclear fear. In the wake of Prigozhin's mutiny, war hawks are once again brandishing Russia's nuclear potential. Why aren't their threats working?«

<https://meduza.io/en/feature/2023/07/03/the-death-of-nuclear-fear>

Xi Jinping (Staatschef Chinas)

05.07.2023

»Xi Jinping hat Wladimir Putin persönlich vor dem Einsatz von Atomwaffen in der Ukraine gewarnt und damit angedeutet, dass Peking Bedenken gegen Russlands Krieg hegt, obwohl es Moskau stillschweigend unterstützt, wie westliche und chinesische Beamte berichten. Die persönliche Botschaft wurde während des Staatsbesuchs des chinesischen Präsidenten in Moskau im März überbracht, einer der ersten Reisen Xis außerhalb Chinas nach Jahren der Isolation im Rahmen seiner ›Null-Covid-Politik‹. Seitdem haben sich chinesische Beamte intern das Verdienst zugeschrieben, den russischen Präsidenten davon überzeugt zu haben, von seinen verschleierte Drohungen mit dem Einsatz einer Atomwaffe gegen die Ukraine abzulassen, so die Personen. Putin davon abzuhalten, eine solche Waffe einzusetzen, sei ein zentraler Bestandteil in Chinas Kampagne zur Wiederherstellung der beschädigten Beziehungen zu Europa, sagte ein hochrangiger Berater der chinesischen Regierung. Russlands großflächige Invasion in die Ukraine im Jahr 2022 hat dazu geführt, dass Moskau und sein Verbündeter Peking ein konfrontatives Verhältnis mit einem Großteil des Kontinents hat. [...] Kremlnahen Kreisen zufolge ist der russische Staatschef zum Schluss gekommen, dass taktische Atomwaffen Russland keinen Vorteil verschaffen würden, nachdem er Szenarien für deren Einsatz durchgespielt hatte. Ein Atomschlag würde wahrscheinlich Gebiete, die Putin für Russland beansprucht, in ein verstrahltes

Ödland verwandeln und seinen Streitkräften nur wenig beim Vormarsch helfen, so die Personen. [...] Im vergangenen Monat, als die Gegenoffensive der Ukraine begann, erwähnte Putin erneut Atomwaffen und sagte, Russland habe taktische Sprengköpfe an Belarus geliefert. Putin fügte jedoch schnell hinzu, dass »keine Notwendigkeit« für deren Einsatz bestehe, da die russischen Streitkräfte den Vormarsch der Ukraine aufhalten würden. Die Erklärung deutete jedoch darauf hin, dass selbst China nicht in der Lage sein könnte, Putin vollständig abzuschrecken, so Alexander Gabuev, Direktor des Carnegie Russia Eurasia Center. »Atomwaffen sind die ultimative Versicherung, die Putin hat, um diesen Krieg nicht katastrophal zu verlieren.«

Financial Times: »Xi Jinping warned Vladimir Putin against nuclear attack in Ukraine«

<https://www.ft.com/content/c5ce76df-9b1b-4dfc-a619-07da1d40cbd3>

Mitglieder des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik (SWOP): Adamischin Anatolij Leonidowitsch; Arbatow Alexej Georgijewitsch; Arbatowa Nadeshda Konstantinowna; Belkin Alexandr Anatoljewitsch; Bowt Georgij Georgowitsch; Borowik-Chiltschewskaja Weronika Jurjewna; Wysozkij Alexandr Michajlowitsch; Golz Alexandr Matwejewitsch; Gurjewitsch Wladimir Semjonowitsch; Dworkin Wladimir Sinowjewitsch; Dubinin Sergej Konstantinowitsch; Dymarskij Witalij Naumowitsch; Sacharow Alexandr Wladimirowitsch; Solotarjow Pawel Semjonowitsch; Kaspé Swjatoslaw Igorjewitsch; Koschljakow Ljew Sergejewitsch; Lomakin-Rumjanzew Ilja Wladimirowitsch; Lukin Wladimir Petrowitsch; Mndojanz Sergej Aschotowitsch; Musykantskij Alexandr Iljitsch; Muraschjow Arkadij Nikolajewitsch; Osnobitschschew Sergej Konstantinowitsch; Rubanow Wladimir Arsenjewitsch; Rjurikow Dmitrij Borisowitsch; Sawostjanow Ewgenij Wadimowitsch; Entin Wladimir Lwowitsch; Jurgens Igor Jurjewitsch; Zypljajew Sergej Alexejewitsch

13.07.2023

Erklärung einiger Mitglieder des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik

Auf Ersuchen einiger Mitglieder des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik veröffentlichen wir die Erklärung, die uns von ihnen übermittelt wurde. Die Erklärung stellt nicht den Standpunkt des Rates dar, sondern spiegelt die Ansichten derjenigen wider, die sie unterzeichnet haben.

»In jüngster Zeit gab es öffentliche Meinungsbeiträge und Erklärungen, auch von einigen Mitgliedern des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, in denen – wenn auch mit zahlreichen Vorbehalten – die Idee eines präventiven russischen Nuklearschlags Verbreitung findet, falls sich die militärischen Handlungen in der Ukraine und den angrenzenden Gebieten in einem (für Russland, Anm. d. Red.) negativen Szenario entwickeln. Darüber hinaus begnügen sich die Autoren nicht mit Fantasien, taktische Atomwaffen auf dem Territorium der Ukraine einzusetzen, sondern schlagen auch vor, wichtige NATO-Länder (nuklear, Anm. d. Red.) anzugreifen.

Die Ergebnisse langjähriger und aktueller Studien über die möglichen Schäden eines solchen Krieges sind uns nur zu gut bekannt. Zu hoffen, dass ein begrenzter nuklearer Konflikt beherrschbar ist und nicht zu einem globalen Atomkrieg eskaliert, ist der Gipfel der Verantwortungslosigkeit. Das bedeutet, dass die Vernichtung von Dutzenden, vielleicht sogar Hunderten Millionen Menschen in Russland, Europa, China, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern auf dem Spiel steht. Dies ist eine unmittelbare Bedrohung für die gesamte Menschheit.

Für unser Land, das im Zuge einer solchen Katastrophe zerstört würde, für unser Volk, das durch einen solchen Krieg desorganisiert würde, bedeutete dies auch die Aussicht auf den Verlust der Souveränität infolge des Drucks jener Völker des Südens, die einen solchen Schlagabtausch überleben würden.

Es ist unzulässig, solche Stimmungen in der Gesellschaft durch pseudotheoretische Begründungen und emotionale Äußerungen im Stil so genannter »Talkshows« aufzuheizen. Denn dies könnte zu katastrophalen Entscheidungen führen.

Das sind keine theoretischen Konzepte mehr. Es handelt sich nicht nur um eine direkte Bedrohung für die gesamte Menschheit, sondern auch um einen sehr konkreten Vorschlag, jeden zu töten, der uns wichtig ist und den wir lieben.

Wir, die Mitglieder des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, halten solche Vorschläge für absolut inakzeptabel und verurteilen sie uneingeschränkt.

Niemand sollte die Menschheit jemals mit der Drohung erpressen, Atomwaffen einzusetzen, geschweige denn den Befehl geben, sie militärisch einzusetzen.

Wir fordern alle Mitglieder des Rates (SWOP, Anm. d. Red.) auf, sich dieser Erklärung anzuschließen.«

Rat für Außen- und Verteidigungspolitik (SWOP): »O prisywach k rasuwjasywaniju jadernoj wojny [Über die Aufrufe, einen Atomkrieg zu beginnen]«

<https://svop.ru/main/48156/>

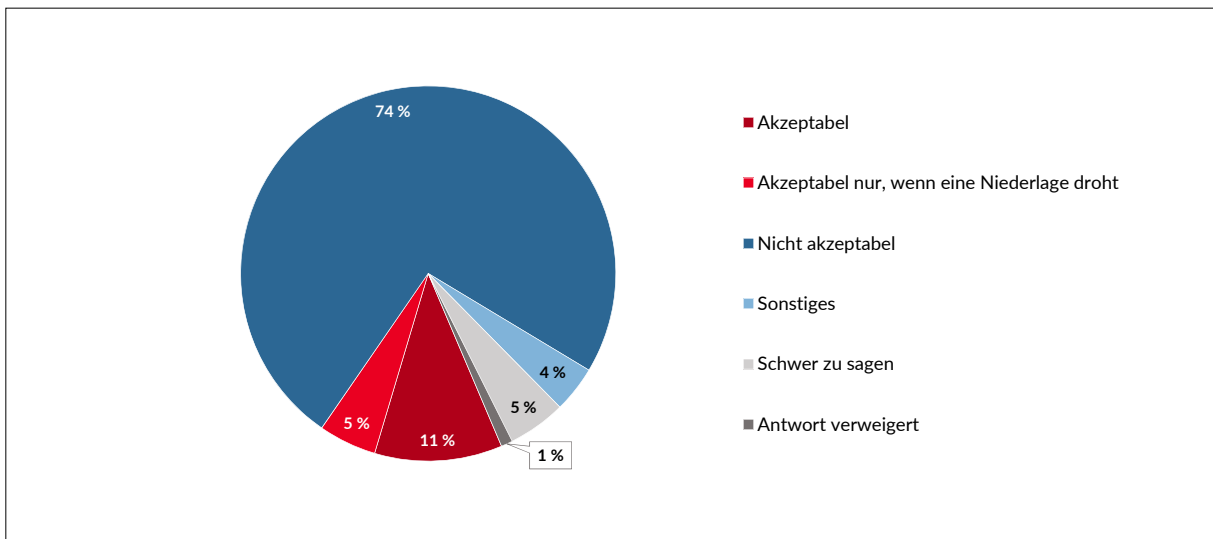
Lesetipps

- European Leadership Network. 17. Mai 2023. »Group Statement: Protecting nuclear arms control is a global imperative.« <https://www.europeanleadershipnetwork.org/group-statement/protecting-nuclear-arms-control-is-a-global-imperative/>
- European Leadership Network. 19. Juni 2023. »Five nuclear reflections on the Ukraine War« <https://www.europeanleadershipnetwork.org/commentary/five-nuclear-reflections-on-the-ukraine-war/>
- Horovitz, Liviu und Anna C. Arndt. 2023. »One year of nuclear rhetoric and escalation management in Russia's war against Ukraine: An updated chronology« SWP Monitoring <https://www.swp-berlin.org/publikation/one-year-of-nuclear-rhetoric-and-escalation-management-in-russias-war-against-ukraine-an-updated-chronology>
- Horovitz, Liviu und Anna C. Arndt. 2022. »Russlands diffuse Nuklearrhetik im Krieg gegen die Ukraine«. SWP Aktuell <https://www.swp-berlin.org/publikation/russlands-diffuse-nuklearrhetik-im-krieg-gegen-die-ukraine>
- Horovitz, Liviu, Anna Clara Arndt, Lydia Wachs. 2022. »The Nuclear Trilemma in Ukraine«. Internationale Politik Quarterly, 9. November 2022. <https://ip-quarterly.com/en/nuclear-trilemma-ukraine>
- Kühn, Ulrich. 2022. »Die nukleare Dimension des Ukraine-Kriegs«. Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 29/2, 162–184. <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0946-7165-2022-2-162/die-nukleare-dimension-des-ukraine-kriegs-jahrgang-29-2022-heft-2?page=1>
- Stein, Janice G.. 2023. »Escalation Management in Ukraine: 'Learning by Doing' in Response to the 'Threat that Leaves Something to Chance'«. Texas National Security Review, 06/3. <https://tnsr.org/2023/06/escalation-management-in-ukraine-learning-by-doing-in-response-to-the-threat-that-leaves-something-to-chance/>
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). 2023. »States invest in nuclear arsenals as geopolitical relations deteriorate—New SIPRI Yearbook out now« <https://www.sipri.org/media/press-release/2023/states-invest-nuclear-arsenals-geopolitical-relations-deteriorate-new-sipri-yearbook-out-now>
- Sukin, Lauren. 2023. »Rattling the Nuclear Saber: What Russia's Nuclear Threats really mean«. Carnegie Endowment for International Peace. <https://carnegieendowment.org/2023/05/04/rattling-nuclear-saber-what-russia-s-nuclear-threats-really-mean-pub-89689>
- Topychanov, Petr. 2022. »The Crisis of Nuclear Arms Control amid Russia's Military Offense Against Ukraine«. In: Sinovets, Polina und William Alberque. 2022. »Arms Control and Europe«. Springer. https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-031-03891-4_4
- United Nations. 13. April 2022. »2020 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons« <https://undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=NPT%2FCONF.2020%2FWP.52>
- Wachs, Lydia. 2022. »Die Rolle von Nuklearwaffen in Russlands strategischer Abschreckung«. SWP-Aktuell 2022/A 59, 23.09.2022. <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-rolle-von-nuklearwaffen-in-russlands-strategischer-abschreckung>
- Wachs, Lydia. 2023. »New Start vor dem Aus? Rüstungskontrolle als Teil Moskaus nuklearer Erpressungsstrategie«. *Stiftung Wissenschaft und Politik*, Kurz gesagt, 03.03.2023, <https://www.swp-berlin.org/publikation/new-start-vor-dem-aus-ruestungskontrolle-als-teil-moskaus-nuklearer-erpressungsstrategie>

UMFRAGEN

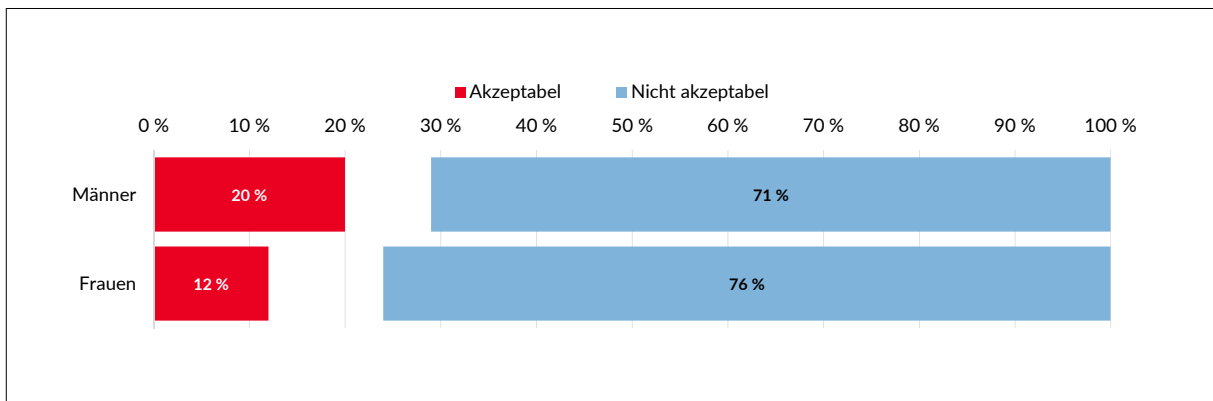
Die Einstellung der russischen Bevölkerung zu einem möglichen Einsatz von Atomwaffen

Grafik 1: Ist der Einsatz von Atomwaffen Ihrer Ansicht nach akzeptabel oder nicht akzeptabel, wenn dies für den Sieg bei der militärischen Operation in der Ukraine notwendig werden würde?



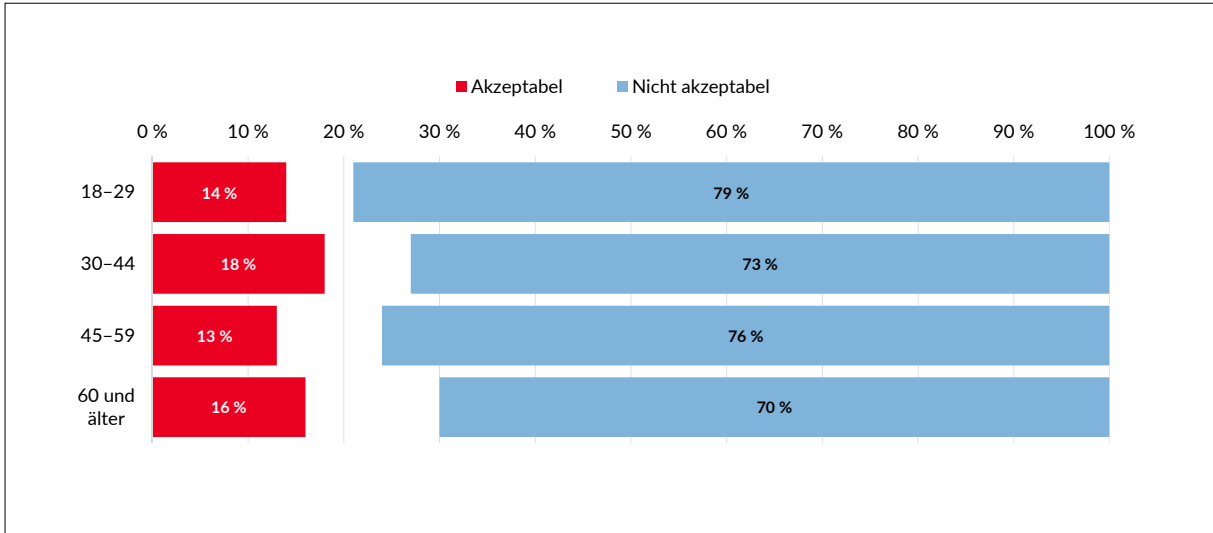
Quelle: Russianfield.com: »Spezjalnaja wojennaja operazija w Ukraine: odnoschenije rossijan. 12 wolna (16-19 ijunja 2023) [»Militärische Spezialoperation« in der Ukraine: Die Einstellung der Russen. Welle 12 (16. - 19. Juni 2023)]; telefonische Umfrage in ganz Russland, 1.604 Respondent:innen; <https://russianfield.com/12volna>

Grafik 2: Ist der Einsatz von Atomwaffen Ihrer Ansicht nach akzeptabel oder nicht akzeptabel, wenn dies für den Sieg bei der militärischen Operation in der Ukraine notwendig werden würde? (nach Geschlecht)



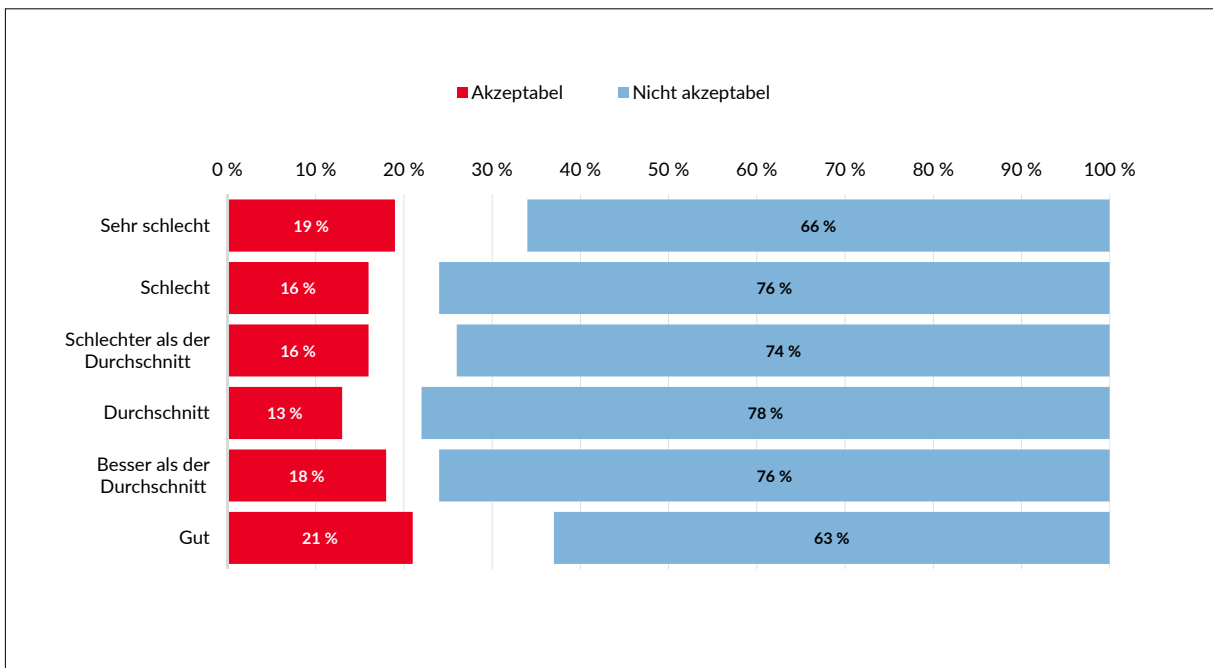
Quelle: Russianfield.com: »Spezjalnaja wojennaja operazija w Ukraine: odnoschenije rossijan. 12 wolna (16-19 ijunja 2023) [»Militärische Spezialoperation« in der Ukraine: Die Einstellung der Russen. Welle 12 (16. - 19. Juni 2023)]; telefonische Umfrage in ganz Russland, 1.604 Respondent:innen; <https://russianfield.com/12volna>

Grafik 3: Ist der Einsatz von Atomwaffen Ihrer Ansicht nach akzeptabel oder nicht akzeptabel, wenn dies für den Sieg bei der militärischen Operation in der Ukraine notwendig werden würde? (nach Alter)



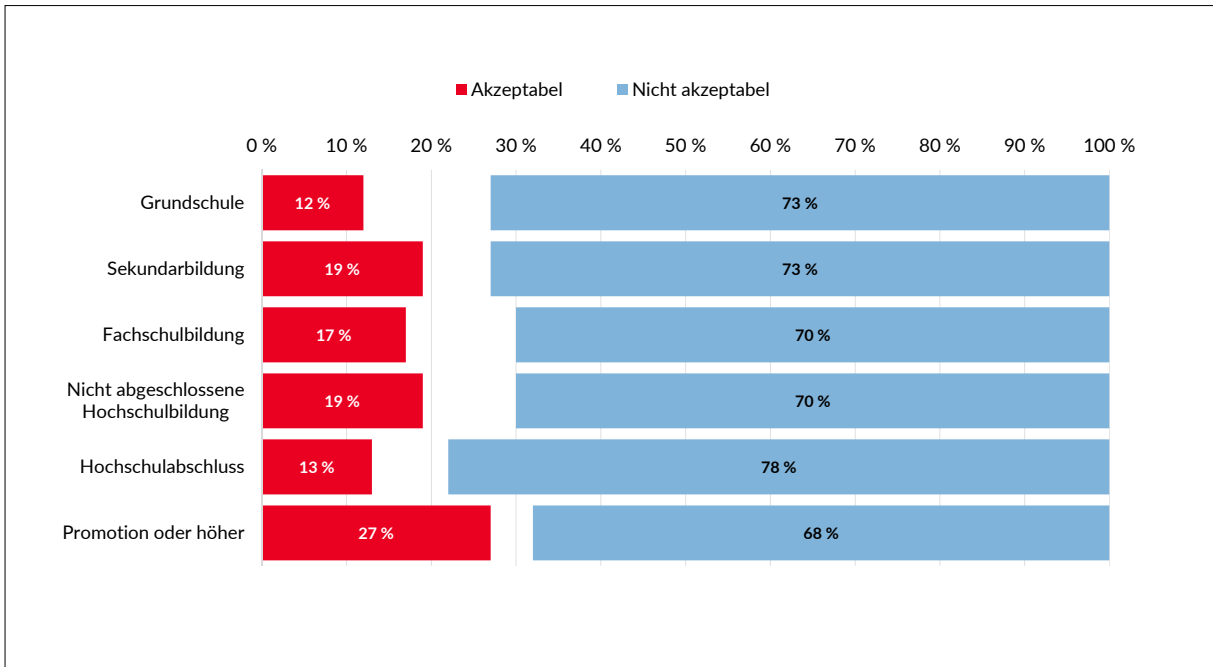
Quelle: Russianfield.com: »Spezialnaja wojennaja operazija« w Ukraine: odnoschenije rossijan. 12 wolna (16-19 ijunja 2023) [»Militärische Spezialoperation« in der Ukraine: Die Einstellung der Russen. Welle 12 (16. - 19. Juni 2023)]; telefonische Umfrage in ganz Russland, 1.604 Respondent:innen; <https://russianfield.com/12volna>

Grafik 4: Ist der Einsatz von Atomwaffen Ihrer Ansicht nach akzeptabel oder nicht akzeptabel, wenn dies für den Sieg bei der militärischen Operation in der Ukraine notwendig werden würde? (nach finanzieller Lage)



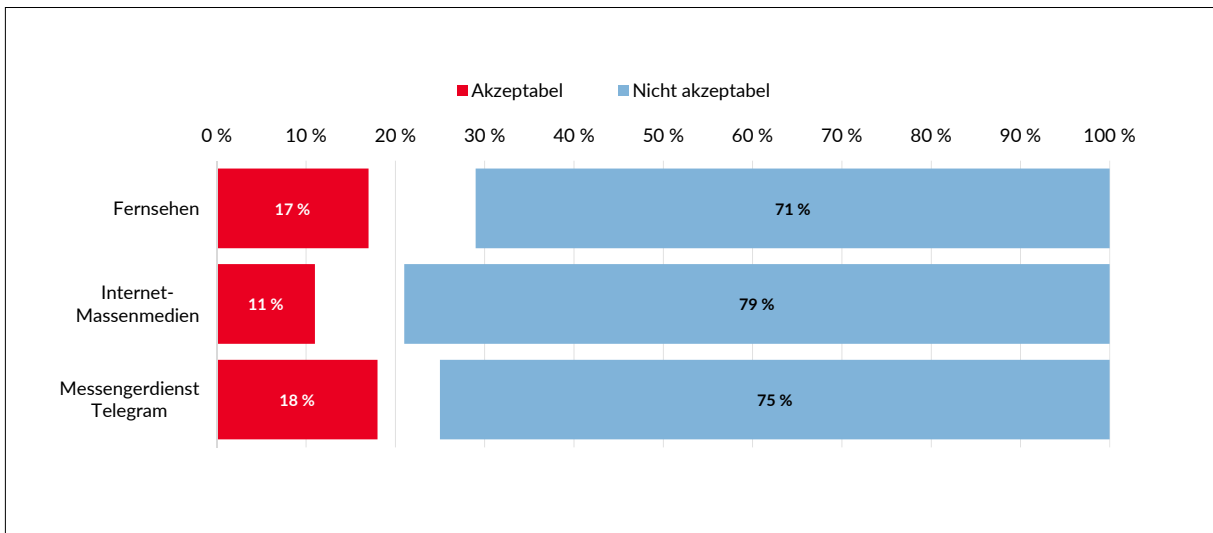
Quelle: Russianfield.com: »Spezialnaja wojennaja operazija« w Ukraine: odnoschenije rossijan. 12 wolna (16-19 ijunja 2023) [»Militärische Spezialoperation« in der Ukraine: Die Einstellung der Russen. Welle 12 (16. - 19. Juni 2023)]; telefonische Umfrage in ganz Russland, 1.604 Respondent:innen; <https://russianfield.com/12volna>

Grafik 5: Ist der Einsatz von Atomwaffen Ihrer Ansicht nach akzeptabel oder nicht akzeptabel, wenn dies für den Sieg bei der militärischen Operation in der Ukraine notwendig werden würde? (nach Bildungsgrad)



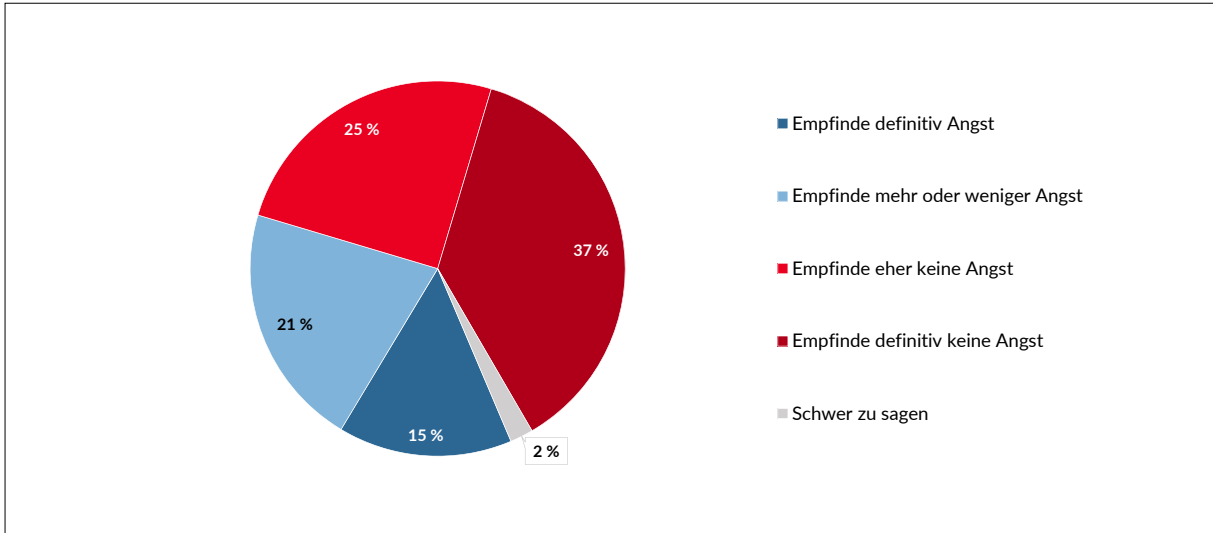
Quelle: Russianfield.com: »Spezialnaja wojennaja operazija« w Ukraine: odnoschenije rossijan. 12 wolna (16-19 ijunja 2023) [»Militärische Spezialoperation« in der Ukraine: Die Einstellung der Russen. Welle 12 (16. - 19. Juni 2023)]; telefonische Umfrage in ganz Russland, 1.604 Respondent:innen; <https://russianfield.com/12volna>

Grafik 6: Ist der Einsatz von Atomwaffen Ihrer Ansicht nach akzeptabel oder nicht akzeptabel, wenn dies für den Sieg bei der militärischen Operation in der Ukraine notwendig werden würde? (nach Hauptinformationsquelle)



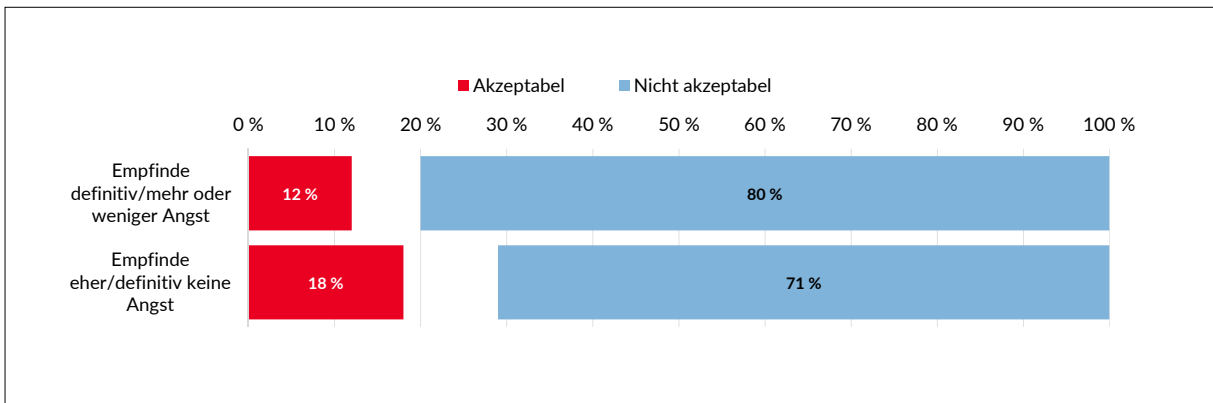
Quelle: Russianfield.com: »Spezialnaja wojennaja operazija« w Ukraine: odnoschenije rossijan. 12 wolna (16-19 ijunja 2023) [»Militärische Spezialoperation« in der Ukraine: Die Einstellung der Russen. Welle 12 (16. - 19. Juni 2023)]; telefonische Umfrage in ganz Russland, 1.604 Respondent:innen; <https://russianfield.com/12volna>

Grafik 7: Empfinden Sie Angst oder keine Angst um Ihre persönliche Sicherheit wegen der »speziellen Militär-operation«?



Quelle: Russianfield.com: »Spezialnaja wojennaja operazija« w Ukraine: odnoschenije rossijan. 12 wolna (16-19 ijunja 2023) [»Militärische Spezialoperation« in der Ukraine: Die Einstellung der Russen. Welle 12 (16. – 19. Juni 2023)]; telefonische Umfrage in ganz Russland, 1.604 Respondent:innen; <https://russianfield.com/12volna>

Grafik 8: Ist der Einsatz von Atomwaffen Ihrer Ansicht nach akzeptabel oder nicht akzeptabel, wenn dies für den Sieg bei der militärischen Operation in der Ukraine notwendig werden würde? (nach der Antwort »Empfinde definitiv/mehr oder weniger Angst« oder »Empfinde eher/definitiv keine Angst« (siehe vorherige Frage, Grafik 7))



Quelle: Russianfield.com: »Spezialnaja wojennaja operazija« w Ukraine: odnoschenije rossijan. 12 wolna (16-19 ijunja 2023) [»Militärische Spezialoperation« in der Ukraine: Die Einstellung der Russen. Welle 12 (16. – 19. Juni 2023)]; telefonische Umfrage in ganz Russland, 1.604 Respondent:innen; <https://russianfield.com/12volna>

13. Juni – 16. Juli 2023

13.06.2023	Andrej Klischas, Vorsitzender des Ausschusses für Staatswesen im Föderationsrat, und Pawel Krascheninnikow, Vorsitzender des Duma-Ausschusses für Staatswesen, bringen einen Gesetzentwurf in die Staatsduma ein, der eine Amnestie für Straftäter:innen vorsieht, die sich bereiterklären, im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu kämpfen. Die Regelung soll sowohl für bereits verurteilte Straftäter:innen gelten, die zurzeit eine Haftstrafe absitzen, als auch für solche, gegen die zurzeit ein Gerichtsverfahren läuft. Seit Sommer 2022 kämpfen bereits verurteilte Häftlinge für die private Söldnerarmee »TschWK Wagner« in der Ukraine. Der Chef der Truppe, Jewgenij Prigoshin, hatte damals bereits in Gefängnissen Häftlinge für einen Einsatz in der Ukraine rekrutiert und ihnen dafür die Begnadigung durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin zugesagt. Nach Angaben Prigoshins wurden auf diese Weise etwa 50.000 Söldner:innen rekrutiert.
13.06.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin bekundet in einem im Fernsehen übertragenen Gespräch mit russischen Kriegskorrespondent:innen die Bereitschaft Russlands zu Friedensgesprächen. Voraussetzung sei ein Stopp westlicher Waffenlieferungen an die Ukraine. Der Westen wolle Russland in der Ukraine besiegen. Seine Regierung habe jedoch einen eigenen Friedensplan für das Land.
13.06.2023	Angaben des russischen Verteidigungsministeriums zufolge hat die russische Armee in der Ukraine mehrere Kampfpanzer vom Typ »Leopard« aus deutscher Produktion sowie in den USA produzierte »Bradley«-Schützenpanzer erbeutet. Es soll sich dabei um Ausrüstung der ukrainischen Armee in der Region Saporishshja handeln.
13.06.2023	Andrej Beloussow, erster stellvertretender Ministerpräsident Russlands, spricht in einem Interview mit dem Medium »RBK« über die herrschende Uneinigkeit der Eliten in Russland. Nicht jeder verstehe die Bedeutung der Veränderungen im Land, so Beloussow. Die US-amerikanische Nachrichtenagentur »Bloomberg« hatte zuvor bereits über Konflikte in der russischen Elite berichtet. Der Krieg gegen die Ukraine habe das Vertrauen in den russischen Präsidenten untergraben, so »Bloomberg«. Das Gefühl der Unsicherheit werde durch die Drohnenangriffe auf Moskau und die Kämpfe in der Region Belgorod noch verstärkt.
14.06.2023	Der russische Autobauer »Awtowas« hat nach Angaben der regionalen Gefängnisverwaltung in der Region Samara zu Zwangsarbeit verurteilte Gefangene für einen Einsatz in der Produktion angefordert. Mit dem Einsatz von Gefangenen sollen Lücken in der Belegschaft geschlossen werden. Die Arbeitslosenquote in Russland war im April auf 3,3 Prozent gesunken, Gründe hierfür sind unter anderem das Einziehen Hunderttausender Personen zum Militär und die Flucht vieler Arbeitskräfte ins Ausland.
14.06.2023	In einem im Fernsehen übertragenen Gespräch mit russischen Kriegskorrespondent:innen spricht der russische Präsident Wladimir Putin von katastrophalen Verlusten der ukrainischen Armee während ihrer laufenden Gegenoffensive. Die Verluste auf russischer Seite seien zehnmal geringer. Nach Angaben von Putin habe die ukrainische Seite mehr als 160 Panzer und bis zu 360 gepanzerte Fahrzeuge verloren. Auf russischer Seite lägen die Verluste nur bei 54 Panzern. Die ukrainische Seite teilte dagegen mit, die ukrainische Armee rücke vor und erzielte Geländegewinne.
14.06.2023	Das russische Staatsunternehmen »NAMI« übernimmt nach eigenen Angaben zu 100 Prozent ein Werk zur Fertigung von Antilockiersystemen und anderen Autoteilen des deutschen Technologiekonzerns »Robert Bosch«. »Robert Bosch« verlässt den russischen Markt aufgrund des Einmarsches Russlands in die Ukraine im Februar 2022. »NAMI« hat seitdem bereits Werke von »Renault«, »Nissan« und »Toyota« übernommen.
14.06.2023	Die russische Staatsduma nimmt in erster Lesung einstimmig ein Gesetz an, mit dem Geschlechtsumwandlungen sowie die Eintragung eines neuen Geschlechts ohne vorherige Operation verboten werden sollen. Damit solle ein souveränes Russland, frei von westlichem Einfluss, ermöglicht werden, so Pjotr Tolstoj, Abgeordneter der Regierungspartei »Einiges Russland«.
15.06.2023	Laut einem Bericht der »BBC Russia« ist die Arbeitslosenquote in Russland auf einem historischen Tiefstand. Sie lag im April 2023 bei 3,3 Prozent. Etwa ein Drittel der Unternehmen im Industriesektor seien mit einem Mangel an Arbeitskräften konfrontiert. Faktoren für diesen Fachkräftemangel seien unter anderem die niedrige Geburtenrate in den 1990er und 2000er Jahren und die sich mit der Mobilisierung im September 2022 verstärkende Auswanderungswelle.
17.06.2023	Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa fordert auf einem Treffen hochrangiger afrikanischer Regierungsvertreter:innen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Sankt Petersburg einen Verhandlungsfrieden mit der Ukraine. Das Treffen, bei dem es vor allem um den Krieg in der Ukraine geht, findet im Rahmen des in Sankt Petersburg stattfindenden Wirtschaftsforums statt. Putin zeigte sich offen für einen »konstruktiven Dialog« und lobte den »ausbalancierten Ansatz der afrikanischen Freunde in der Ukraine-Krise«. Gleichzeitig machte er klar, dass das in Kürze auslaufende Getreideabkommen mit der Ukraine die Probleme afrikanischer Länder mit hohen globalen Lebensmittelpreisen nicht löse.

19.06.2023	Ein Moskauer Gericht verurteilt das größte russische Technologieunternehmen Yandex zu Zahlung einer Geldstrafe von zwei Millionen Rubel (etwa 19.000 Euro). Yandex habe sich wiederholt geweigert, Nutzer:innen-daten an den russischen Inlandsgeheimdienst FSB weiterzugeben, die die Behörden zur »Gewährleistung der nationalen Sicherheit« benötigten. Bereits im September 2022 war Yandex wegen ähnlicher Vorwürfe zu einer Geldstrafe von 400.000 Rubel verurteilt worden (damals etwa 6.700 Euro). Das Unternehmen ist verpflichtet, Nutzer:innendaten auf russischen Servern zu speichern und diese mit den Behörden zu teilen. Es argumentiert, dass westliche Sanktionen es daran hinderten, die notwendige Hardware anzuschaffen und zu installieren, die für diesen Austausch notwendig sei.
20.06.2023	Die Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, auf dessen Grundlage inhaftierte Straftäter:innen für den Kriegsdienst in der Ukraine angeworben werden dürfen. Ausgenommen sind Personen, die wegen extremistischer oder terroristischer Handlungen oder wegen sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen verurteilt wurden. Vorgesehen ist außerdem eine Amnestie für bereits in der Ukraine kämpfende Soldat:innen, gegen die aktuell wegen geringer bis mittelschwerer Vergehen ermittelt wird. Bereits seit Sommer 2022 hatte die Söldnerarmee TschWK Wagner Straftäter:innen für den Kriegsdienst aus Gefängnissen angeworben.
20.06.2023	Die russische Regierung untersagt den russischen Regionen mit der größten Anzahl im Krieg gegen die Ukraine gefallener Soldat:innen die Veröffentlichung der Zahlen. Dies betrifft unter anderem die Regionen Tuwa, Burjatien und Wologda. Eine Woche zuvor hatte bereits die südsibirische Region Chakassien die Veröffentlichung von Nachrufen auf in der Ukraine Gefallene gestoppt. Das russische Verteidigungsministerium hat die Gesamtzahl der gefallenen Soldat:innen zuletzt im September 2022 gemeldet. Damals meldete die Behörde 5.937 Tote. Nach Angaben des unabhängigen Mediums »stories« ist die Zahl derjenigen, die eine militärische Hinterbliebenrente erhalten, im Jahr 2022 um 9.000 Menschen gestiegen. Den größten Zuwachs verzeichnete die Region Tuwa, dort verfünffachte sich die Zahl im Vergleich zum Jahr 2021. Insgesamt lag der Zuwachs in sieben Regionen bei mehr als 50 Prozent.
20.06.2023	Nach veröffentlichten Daten des Finanzministeriums belaufen sich die als geheim klassifizierten Ausgaben im Haushalt zwischen Januar und Mai 2023 auf 3,9 Billionen Rubel (etwa 38,9 Milliarden Euro). Sie machen damit 30 Prozent des russischen Haushalts aus und haben sich im Vergleich zum Vorjahr fast verzehnfacht. Demgegenüber sind die Steuereinnahmen stark zurückgegangen. In den ersten fünf Monaten des Jahres lagen die Einnahmen aus Steuern bei 9,8 Billionen Rubel (etwa 97,8 Milliarden Euro), 19 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.
21.06.2023	Die Botschafter:innen der Europäischen Union einigen sich auf ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Ziel der neuen Sanktionen ist es, die Umgehung bereits bestehender Sanktionen zu unterbinden. Außerdem wird die Liste russischer Staatsbürger:innen, denen die Einreise in die EU untersagt ist und deren Vermögenswerte in der EU eingefroren sind, um voraussichtlich 70 Personen erweitert. Gleichzeitig wird das Verbot des Einlaufens in europäische Häfen für Schiffe, die verbotene Produkte nach Russland liefern könnten, aufgehoben.
21.06.2023	Führende Politiker:innen und Vertreter:innen aus mehr als 60 Ländern beraten auf einer internationalen Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine nach Beendigung des russischen Angriffskrieges. Sie sprechen sich dafür aus, Russland für die Invasion Reparationszahlungen leisten zu lassen. Darüber hinaus sagen unter anderem die USA, Deutschland, Großbritannien und die EU humanitäre Hilfe in Milliardenhöhe zu. Die Weltbank schätzt den gesamten Investitionsbedarf zur Behebung der durch die Kämpfe entstandenen Schäden derzeit auf 411 Milliarden US-Dollar, wobei im Jahr 2023 14 Milliarden US-Dollar für prioritäre Wiederaufbauprojekte benötigt werden.
22.06.2023	Das russische Verfassungsgericht lehnt eine Beschwerde ab, wonach der Artikel über die sogenannte »Diskreditierung der russischen Armee« aufgehoben werden soll. Die Beschwerdeführer:innen weisen in ihrer Beschwerde auf den diskriminierenden Charakter des Artikels hin, der gegen mehr als zehn Artikel der russischen Verfassung verstoße. Unter anderem schränke er das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein. Das Gericht stellt in seinem Urteil fest, dass der Artikel während einer laufenden Militäroperation »unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsmäßigkeit keinen Anlass zu einer Beschwerde geben kann«, da die Operation darauf abziele, »die Interessen der Russischen Föderation zu schützen und den internationalen Frieden zu wahren«. Das Gericht wies außerdem darauf hin, dass die Unterstützung der »militärischen Spezialoperation« in der Ukraine ein »Verfassungsprinzip« sei. Öffentliche negative Bewertungen der Armee könnten sich negativ auf deren Effektivität auswirken.

22.06.2023	Das kirgisische Präsidialamt teilt mit, dass Kirgistan, Kasachstan und Russland zukünftig persönliche Daten der Bürger:innen zu Strafverfolgungszwecken austauschen werden. Im Rahmen des Abkommens werden unter anderem Informationen über den Aufenthaltsstatus, die Staatsangehörigkeit, Visa und Eigentum ausgetauscht. Das Abkommen wird am 21. Juli 2023 in Kraft treten. Kirgistan setzt bereits seit Anfang Juni Gesichtserkennungssoftware zum Aufspüren von Personen, die in der GUS ansässig sind. Seit Einführung der Technologie wurden bereits 57 Personen festgenommen. Darunter unter anderem die russische Menschenrechtlerin Aljona Krylowa, die in Russland wegen der »Bildung einer extremistischen Vereinigung« angeklagt ist.
22.06.2023	Der russische Physiker Grigorij Klinischow stirbt im Alter von 92 Jahren durch Suizid. Klinischow ist gemeinsam mit dem Dissidenten Andrej Sacharow einer der Entwickler der ersten russischen Wasserstoffbombe. Angaben seiner Tochter zufolge begründete er seinen Selbstmord in einem Abschiedsbrief mit der Trauer um seine verstorbene Frau und den Kampf mit der eigenen Gesundheit.
22.06.2023	Der Chef des privaten Söldnerunternehmens TschWK Wagner, Jewgenij Prigoshin, äußert in einer Reihe von Audiobotschaften Kritik an der russischen Militärführung. Seiner Ansicht nach belüge sie den russischen Präsidenten Wladimir Putin und das russische Volk über das Ausmaß der russischen Verluste und Rückschläge im Krieg gegen die Ukraine und versäume es, die Truppen mit ausreichend Waffen und Munition zu versorgen. Die TschWK Wagner sei Russlands effektivste Kampfereinheit. Prigoshin wehrt sich zurzeit gegen den Befehl des Verteidigungsministeriums, seine Truppe bis zum 01. Juli der Behörde zu unterstellen.
23.06.2023	Als Reaktion auf das vor zwei Tagen angekündigte elfte Sanktionspaket der Europäischen Union erlässt Russland seinerseits Reisebeschränkungen. Betroffen seien Sicherheits- und andere Beamte:innen, Geschäftsleute und Mitglieder des Europäischen Parlaments. Weiter Reaktionen würden folgen, so das russische Außenministerium.
23.06.2023	Das staatliche ukrainische Energieunternehmen Naftogas stellt einen Antrag beim Bezirksgericht im US-amerikanischen Columbia, um zu erwirken, die vom Schiedsgericht in Den Haag im April zugesprochenen fünf Milliarden US-Dollar Entschädigung für die unrechtmäßige Enteignung des Unternehmens auf der Krim zu erhalten. Die USA sind eines der Länder, in denen russische Vermögenswerte beschlagnahmt sind. Naftogas erhofft sich daraus Zahlungen.
24.06.2023	Kurz nachdem die Söldnertruppe TschWK Wagner im Rahmen eines »Marsch auf Moskau« genannten Aufstands mit militärischem Gerät und Panzern die Region Lipezk etwa 360 Kilometer vor Moskau erreicht hat, teilt der Chef der Truppe, Jewgenij Prigoshin, mit, er habe seine Truppen zurückbeordert, um Blutvergießen zu verhindern. Tags zuvor hatte er gedroht, mit seinen Kämpfern bis nach Moskau zu ziehen, nachdem der Machtkampf zwischen ihm und der russischen Militärführung eskaliert war. Bei Zwischenfällen während des Aufstandes sterben einige Piloten, die von der Wagner-Truppe abgeschossen wurden. Das belarusische Präsidialbüro teilt mit, dass es nach Gesprächen zwischen Prigoshin und dem belarusischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka eine Vereinbarung über die Sicherheit der Wagner-Kämpfer gebe. Der russische Präsident Wladimir Putin warf Prigoshin »Verrat« vor.
26.06.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin dankt in einer Rede an die Nation den Kommandanten und Söldnern der TschWK Wagner, dass sie mit dem Abbruch der Revolte weiteres Blutvergießen verhindert haben. Die Söldner hätten nun die Wahl, in die russische Armee einzutreten und zu ihren Familien zurückzukehren oder nach Belarus ins Exil zu gehen. Das nationale Anti-Terror-Komitee erklärte, die Lage im Land sei wieder stabil. Die Anti-Terror-Maßnahmen in Moskau sowie den betroffenen Regionen Woronesh und Moskau seien aufgehoben. In einer ersten Wortmeldung nach dem versuchten Aufstand erklärt der Chef der Söldnertruppe, Jewgenij Prigoshin, es sei kein Machtwechsel angestrebt worden. Seine Truppen hätten lediglich Protest demonstrieren wollen.
26.06.2023	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt den russischen Luft- und Raumfahrtwissenschaftler Walerij Golubkin wegen Hochverrats zu zwölf Jahren Gefängnis. Er habe im Zusammenhang mit seiner Beteiligung an einem multinationalen Hyperschall-Flugprojekt geheime Unterlagen an seine niederländischen Kolleg:innen weitergegeben. Golubkin bestreitet die Vorwürfe.
27.06.2023	Der russische Inlandsgeheimdienst (FSB) teilt mit, dass das Strafverfahren wegen »Organisation einer bewaffneten Meuterei« gegen den Chef der Söldnertruppe Wagner TschWK, Jewgenij Prigoshin, eingestellt worden sei. Prigoshin hatte am Wochenende einen bewaffneten Aufstand gegen die russische Militärführung befohlen.

27.06.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin teilt mit, dass das Militärunternehmen TschWK Wagner im Jahr 2022 83,26 Milliarden Rubel (etwa 831 Millionen Euro) aus staatlichen Mitteln erhalten habe. Der Unterhalt der gesamten Truppe sei vollständig vom Staat getragen worden. Außerdem habe der Chef des Unternehmens, Jewgenij Prigoshin, mit seinem Cateringunternehmen Concord im Jahr 2022 80 Milliarden Rubel (etwa 800 Millionen Euro) aus Catering- und Bewirtungsverträgen mit dem Verteidigungsministerium verdient. Bisher hatte Putin konsequent jede Verbindung des Wagner-Unternehmens mit dem Staat abgestritten. Prigoshin selbst hatte erst im September vergangenen Jahres zugegeben, dass er der Gründer der TschWK Wagner sei, die seit Mai 2014 besteht.
28.06.2023	Im Zusammenhang mit den von westlichen Ländern erlassenen Sanktionen gegen Russland und der Androhung der russischen Regierung, ausländische Vermögenswerte in Russland zu beschlagnahmen, verkaufen viele westliche Firmen ihre Vermögenswerte in Russland an inländische Unternehmen. Die Abwanderung westlicher Unternehmen betrifft unterschiedlichste Branchen. Aus der Automobilbranche sind u. a. die Continental AG, Renault sowie Volkswagen nach Verkauf ihrer Werke abgewandert. Der Chemiekonzern BASF sowie das Energieunternehmen SHELL verkauften ihre Vermögenswerte und zogen sich aus dem russischen Markt zurück. Auch Inbev, Carlsberg, McDonalds und Henkel stellten ihr Russlandgeschäft ein.
28.06.2023	Die russische Regierung weist die Vorwürfe der Vereinten Nationen zurück, Russland habe die Rechte von Kindern in der Ukraine verletzt und erklärt, Russlands Truppen würden im Gegenteil Kinder aus Konfliktgebieten retten. Die UN hatten tags zuvor einen Bericht veröffentlicht, in dem sie Russland beschuldigen, seit Kriegsbeginn im Februar 2022 mehr als 800 Zivilist:innen, darunter auch Kinder, inhaftiert und 77 Zivilist:innen hingerichtet zu haben. In einem weiteren Bericht, der vergangene Woche veröffentlicht wurde, wird Russland vorgeworfen, im Jahr 2022 136 Kinder getötet zu haben. Im März 2023 hatte der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie die Kinderrechtsbeauftragte Marija Lwowa-Belowa wegen illegaler Verschleppung von Kindern aus der Ukraine erlassen.
28.06.2023	Der nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses in Washington, Jake Sullivan, setzt sich mit der russischen Regierung in Verbindung, um über die diplomatischen Vertretungen beider Länder zu sprechen. Beide Länder haben die Zahl ihrer Vertretungen in den vergangenen Jahren stark reduziert, insbesondere seit dem Beginn von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Zahl der US-Diplomat:innen in Russland beträgt nur noch ein Zehntel der 1.200 Personen aus dem Jahr 2017, etwa die Hälfte davon sind Marines oder Sicherheitsbeamten:innen.
30.06.2023	Im Anschluss an ein EU-Gipfeltreffen in Brüssel teilt der belgische Premierminister Alexandre de Croo mit, die EU plane, jährlich drei Milliarden Euro an Gewinnen aus den in der EU eingefrorenen Reserven Russlands zur Unterstützung des Wiederaufbaus in der Ukraine einzusetzen. Die EU arbeitet derzeit an einem Plan, der vorsieht, dass Kreditinstitute, in denen russische Vermögenswerte lagern, einen Teil der daraus erzielten Gewinne abgeben müssen. In der EU sind mehr als 200 Milliarden Euro an Vermögen der russischen Zentralbank eingefroren. Die Gewinne daraus liegen bereits bei 750 Millionen Euro.
30.06.2023	Die russische Regierung teilt mit, dass die Gehälter für Angehörige des Militärs zum 01. Oktober um 10,5 Prozent steigen werden. Fünf Prozent sind Inflationsausgleich, 5,5 Prozent eine tatsächliche Steigerung. Die Erhöhung des Solds wird wenige Tage nach dem gescheiterten Aufstand des privaten Militärunternehmens Wagner angekündigt.
03.07.2023	Nach Veröffentlichung eines UN-Berichts, wonach Russland seit Beginn des Angriffskrieges in der Ukraine im Februar 2022 Hunderte Zivilist:innen und Kinder inhaftiert und verschleppt haben soll, bestätigt der Leiter des internationalen Ausschusses im Föderationsrat, Grigorij Karassin, vor der russischen Staatsduma, dass Russland etwa 700.000 Kinder aus der Ukraine auf russisches Territorium verbracht habe. Sie seien aus Konfliktgebieten geflohen und hätten Zuflucht in Russland gefunden.
05.07.2023	Das russische Ermittlungskomitee leitet strafrechtliche Ermittlungen gegen die Angreifer:innen ein, die die russische Journalistin Jelena Milaschina tags zuvor in der russischen Teilrepublik Tschetschenien schwer verletzt haben. Milaschina, die seit Jahren über Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien berichtet, war nach Tschetschenien gereist, um über den Prozess gegen Sarema Mussajewa zu berichten, die zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt worden war, weil ihre Söhne sich kritisch über Republikpräsident Ramsan Kadyrow geäußert hatten.
06.07.2023	Der russische Rubel fällt auf ein 15-Monats-Tief von über 102 gegenüber dem Euro und 93 gegenüber dem US-Dollar. Die monatelang währende Abwertung hatte sich Ende Juni aufgrund des Aufstands des Söldnerunternehmens Wagner weiter verschärft. Die russische Zentralbank erklärte, die Abwertung sei zurückzuführen auf sinkende Exporterlöse.

07.07.2023	Das russische Finanzministerium veröffentlicht Daten, aus denen hervorgeht, dass das Defizit des Staatshaushalts sich im ersten Halbjahr 2023 auf 2,6 Billionen Rubel (etwa 26 Milliarden Euro) erhöht hat. Im Vorjahreszeitraum war noch ein Überschuss von 1,48 Billionen Rubel (damals etwa 26 Milliarden Euro) erzielt worden. Die Gründe für das Defizit sind unter anderem die Kosten für den russischen Angriffskrieg in der Ukraine sowie die westlichen Sanktionen, die zu sinkenden Einnahmen aus Öl- und Gasexporten führen.
07.07.2023	Bei einer Explosion in einem Werk zur Herstellung von Sprengstoff in der Region Samara kommen sechs Menschen ums Leben, zwei weitere werden verletzt. Die Explosion ereignete sich in einer der Produktionshallen. Das Werk gehört dem russischen Unternehmen »Promsintes«, das in Russland der Hauptlieferant für Sprengstoff ist. Zu einem ähnlichen Vorfall war es bereits Anfang Juni in einem Schießpulverwerk in Tambow gekommen. Das Unternehmen in Tambow ist der größte russische Hersteller für Schießpulver, unter anderem für Handfeuerwaffen und Artilleriemunition. Es starben fünf Menschen, zwölf weitere wurden verletzt. Seit Anfang des Jahres ereignen sich regelmäßig kleinere Unfälle in Schießpulverfabriken. Durch die notwendige drastische Erhöhung der Produktion zur Versorgung der in der Ukraine kämpfenden Armee, waren die Unternehmen gezwungen, Hunderte neuer Mitarbeiter:innen einzustellen. Außerdem erhöhte sich die Arbeitsbelastung deutlich.
07.07.2023	Das unabhängige Online-Medium 7x7 berichtet, dass in der Region Omsk nun auch Frauen für den Kriegsdienst in der Ukraine angeworben werden. Werbeplakate forderten Frauen auf, sich für den Dienst an der Waffe zu bewerben. Gegenüber 7x7 bestätigte das Einberufungsbüro in Omsk, dass bis zu 50 Jahre alte Frauen für jeweils mindestens ein Jahr rekrutiert würden. Nach Angaben des Einberufungsbüros würden Frauen in russischen Regionen eingesetzt, hierzu zählen offiziell auch die ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Cherson und Saporishshja.
08.07.2023	Sergej Machrakow, ehemaliger Direktor des Bergwerks Listwjashnaja in der sibirischen Region Kemerowo, wird von einem Gericht in der Region zu zwei Jahren Haft verurteilt. Das Gericht befindet ihn für schuldig, verantwortlich für den Tod von mehr als 50 Menschen zu sein, die bei einer Explosion im Bergwerk im November 2021 ums Leben kamen. Machrakow soll Mitarbeiter:innen der russischen Umwelt- und Technologieaufsichtsbehörde Rostechнадsor bestochen haben, um Sicherheitsverstöße in der Mine zu verschleiern. Er selbst plädierte auf nicht schuldig.
09.07.2023	Die stellvertretende ukrainische Verteidigungsministerin, Anna Maljar, gibt auf ihrem Telegram-Kanal bekannt, dass die Ukraine die Verantwortung für die Sprengung der Krim-Brücke im Oktober 2022 trage. Bereits im Mai hatte der Leiter des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU, Wassilij Maljuk, erklärt, dass es sich bei der Explosion um eine notwendige Maßnahme gehandelt, um dem Feind einen wichtigen Logistikweg abzuschneiden.
10.07.2023	Das unabhängige Online-Medium The Moscow Times berichtet, dass es seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine in Russland mindestens 164 Angriffe auf regierungsnahen Einrichtungen gegeben habe. The Moscow Times beruft sich dabei auf Daten, die das Projekt »Awtozak LIVE« gesammelt hat. Am häufigsten seien Musterungsbehörden angegriffen worden, bis Ende Juni 2023 seien 90 Fälle gezählt worden.
10.07.2023	Nach Angaben seines Sprechers Dmitrij Peskow hat sich der russische Präsident Wladimir Putin mit dem Chef des Söldnerunternehmens Wagner, Jewgenij Prigoshin, getroffen. Das Treffen habe bereits am 29. Juni, und damit fünf Tage nach dem Ende des von Prigoshin angeführten Aufstands, stattgefunden. Nach Angaben Putins hätten die anwesenden Wagner-Kommandeure ihre Treue zur russischen Armee sowie ihre Kampfbereitschaft bekundet. Prigoshin äußerte sich zu diesem Treffen bisher nicht.
11.07.2023	Die US-amerikanische Nachrichtenagentur Bloomberg meldet, dass sich die Ölexporte aus russischen Seehäfen in der ersten Juliwoche rund 2,86 Millionen Barrel pro Tag beliefen. Diese Daten wurden anhand von Schiffsbewegungsdaten errechnet. Damit sind die russischen Öllieferungen auf den asiatischen Markt im Juli stark zurückgegangen, das Gesamtvolumen der Ölexporte ist auf ein Sechsmonats-Tief gesunken. Im Vergleich zur Vorwoche gingen die Ausfuhren um 27 Prozent zurück. Der Ausfall der Exporte betraf in erster Linie Abnehmer auf dem asiatischen Markt.
11.07.2023	In Krasnodar wird der stellvertretende Leiter der örtlichen Musterungsbehörde, Stanislaw Rshizkij, erschossen. Der ukrainische Geheimdienst (GRU) gibt an, Rshizkij sei U-Boot-Kommandant im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und an Raketenangriffen auf ukrainisches Territorium beteiligt gewesen. Eine Beteiligung an dem Mordanschlag weist der GRU jedoch von sich.
11.07.2023	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz zur Einführung des digitalen Rubels. Dies teilte die russische Zentralbank mit. Die digitale Währung sei in erster Linie als weiteres Zahlungsmittel im Bankenverkehr geschaffen worden. Es werde nicht möglich sein, einen Kredit in digitalen Rubel zu erhalten oder ein Einlagenkonto für diese Währungsform zu eröffnen. Die Hoffnung sei, auf diese Weise den Wettbewerb und die Innovationen auf dem Finanzmarkt zu unterstützen.

11.07.2023	Der UN-Sicherheitsrat verlängert die humanitären Hilfslieferungen aus der Türkei nach Syrien nicht. Der Resolutionsentwurf, der eine Verlängerung um neun Monate vorsah, scheitert am Veto Russlands. Auch der Gegenentwurf Russlands, der eine Verlängerung um sechs Monate vorsah, wurde nicht angenommen. Die Hilfslieferungen waren tags zuvor gestoppt worden, weil das Mandat ausgelaufen war. Der russische UN-Botschafter, Wassilij Nebensja, erklärte, Russland sei zu einem Veto provoziert worden. Die Hilfslieferungen berücksichtigten aber ohnehin nicht die Interessen des syrischen Volkes. Russland und die syrische Regierung sehen in der seit 2014 bestehenden humanitären Hilfe eine Verletzung der Souveränität Syriens.
11.07.2023	Der russische Botschafter in den USA, Anatolij Antonow, äußert sich einen Tag vor dem in Vilnius stattfindenden NATO-Gipfel auf seinem Telegram-Kanal verärgert über die Solidarität mit der Ukraine. Es werde alles getan, um die Zustimmung zu antirussischen Entscheidungen vorzubereiten, die auf dem Gipfel getroffen werden sollten. Dadurch werde die NATO tiefer in die Konfrontation mit Russland getrieben. Auf dem Gipfel soll unter anderem über eine Einladung zum Beitritt der Ukraine zur NATO beraten werden. Auch der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, betonte, dass eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO sich sehr negativ auf die Sicherheitsarchitektur in Europa auswirken werde. Dies sei eine Gefahr für Russland und verlange eine harte Reaktion.
12.07.2023	Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, gibt an, dass das Söldnerunternehmen Wagner massenhaft schwere Waffen, Militärgerät und Munition ans Verteidigungsministerium übergeben habe. Darunter seien auch Panzer vom Typ T-90 und T-80, Mehrfachraketenwerfer und Artilleriesysteme. Die Ausrüstung werde nun für den weiteren Einsatz gewartet. Ende Juni hatte der Chef der Truppe, Jewgenij Prigoshin, einen Aufstand gegen den Kreml angeführt, der scheiterte.
12.07.2023	Der Leiter der Militärverwaltung der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw, Serhij Popko, gibt in seinem Telegram-Kanal bekannt, dass die Stadt in der Nacht erneut Ziel eines russischen Luftangriffes geworden sei. Der Luftalarm in Kyjiw und der gesamten Ukraine dauerte etwa zwei Stunden. Vorläufigen Angaben zufolge gab es keine Opfer oder kritische Schäden. Bereits in der Nacht zuvor hatte Russland Kyjiw und die südukrainische Hafenstadt Odesa angegriffen.
13.07.2023	Die russische Staatsduma stimmt in zweiter Lesung für ein Gesetz, das geschlechtsangleichende Operationen und Hormonbehandlungen verbietet. Außerdem wird die Möglichkeit genommen, den Geschlechtseintrag im Pass ändern zu lassen. Transmenschen dürfen zukünftig keine Kinder adoptieren, deren Vormundschaft übernehmen oder Pflegekinder aufnehmen. Bestehende Ehen zwischen Transpersonen werden für ungültig erklärt. Das Gesetz muss noch vom Föderationsrat angenommen und vom Präsidenten unterzeichnet werden, bevor es in Kraft tritt.
13.07.2023	Der russische Generalmajor Iwan Popow, Befehlshaber der in der Südukraine stationierten 58. Armee, erklärt in einer von einem Anwalt veröffentlichten Sprachnachricht, er sei entlassen worden, nachdem er die russische Führung über die tatsächliche Lage an der Front informiert habe. Der Armee fehle es an geeigneten Artilleriesystemen und an Aufklärung der feindlichen Artillerie. Das russische Verteidigungsministerium bestätigte die Entlassung bisher nicht.
13.07.2023	Die beiden unabhängigen russischen Medien Mediazona und Meduza berichten, dass seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine mindestens 47.000 russische Soldat:innen ums Leben gekommen seien. Mit Hilfe von Daten des nationalen russischen Nachlassregisters und der russischen Statistikbehörde Rosstat errechneten sie die Zahl der Toten anhand eines Anstiegs der Nachlassverfahren für Personen unter 50 Jahren seit Kriegsbeginn. Seit Mitte dieses Jahres ist es den regionalen Behörden auf Anweisung der russischen Regierung nur noch eingeschränkt möglich, Meldungen über gefallene Soldat:innen zu veröffentlichen.
14.07.2023	Das russische Finanzministerium erweitert die Liste an Anforderungen, die ausländische Unternehmen erfüllen müssen, um Russland zu verlassen. So sind die neuen Eigentümer:innen von Vermögenswerten, die von Unternehmen erworben wurden, die Russland verlassen haben, innerhalb einer festgesetzten Frist verpflichtet, 20 Prozent der erworbenen Aktien an der russischen Börse zu platzieren. Vertragsklauseln, die den auscheidenden ausländischen Eigentümer:innen eine Rückkauf-Option für Aktienanteile einräumen, müssen auf zwei Jahre befristet werden.
15.07.2023	Der weltweit führende Ölfeldausrüster SLB teilt mit, dass er aufgrund der Ausweitung der westlichen Sanktionen gegen Russland die Lieferung von Produkten und Technologien nach Russland einstelle. SLB war einer der wenigen Anbieter dieser Art, die nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine weiterhin im Land tätig waren.

16.07.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin erlässt ein Dekret, demzufolge die Anteile des französischen Lebensmittelherstellers Danone sowie der dänischen Brauerei Carlsberg an ihren russischen Tochtergesellschaften vorübergehend unter russische Verwaltung gestellt werden. Danone hatte im Oktober 2022 angekündigt, den Großteil seiner Aktivitäten, ausgenommen das Geschäft mit Säuglingsnahrung, in Russland beenden zu wollen. Hinsichtlich des nun erlassenen Dekrets prüfe man rechtliche Schritte. Carlsberg hatte im Juni 2023 verkündet, einen Käufer für seine Russlandsparte gefunden zu haben. Der geplante Verkauf sei nun ungewiss, bestätigte ein Sprecher des Unternehmens. Beide Firmen waren vorab nicht über das Dekret informiert worden. Wenige Tage später wird Jakub Sakriew, stellvertretender Ministerpräsident Tschetscheniens, Agrarminister der Teilrepublik sowie Neffe von Ramsan Kadyrow, zum Generaldirektor der ehemals russischen Tochtergesellschaft von Danone ernannt.
------------	---

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz und Anastasia Stoll

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Maximilian Hartl
 Chronik: Alena Schwarz und Anastasia Stoll
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
 Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>